

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Redaktion und Verlagsort: Prag II., Nerajova 18. • Erlaubnis: 26795, 31469 • (Nachdruckverbot): 26797 • Postfach: 57544

11. Jahrgang.

Samstag, 17. Oktober 1931

Nr. 242.

Verbesserung der Bauförderung. Vor der Einbringung der Novelle im Parlament.

Prag, 16. Oktober. Dem Abgeordnetenhause wird in einer der nächsten Sitzungen die Novelle zum Bauförderungsgesetze zu gehen. Nach dieser Novelle erhöht sich die Garantie für Wohnungsbauten von 650 Millionen Kronen auf 1.100 Millionen Kronen.

Gleichzeitig wird auch der Kredit für die Gewährung des Staatsbeitrages für Kleinstwohnungen (bis zu 40 Quadratmeter) von 20 Millionen Kronen auf 30 Millionen Kronen erhöht.

Durch diese finanziellen Vorkehrungen wird die Errichtung weiterer Wohnungen mit einem Gesamtaufwand von mehreren hundert Millionen Kronen ermöglicht.

Zugleich mit dieser Vorlage gelangt auch die Novelle zum Gesetze über die Unweiser Schäden zur parlamentarischen Verhandlung.

Ergänzung der Devisenverordnung.

Prag, 16. Oktober. Der Ministerrat beschloß in seiner heutigen Sitzung außer einigen laufenden Angelegenheiten auch eine Ergänzung der Regierungsverordnung über die Devisenbewirtschaftung. Die Regierungsverordnung, welche diese Ergänzungen enthält, tritt sogleich in Kraft. (Amtlich.)

Französische Anleihe für Jugoslawien.

Zur Bedeckung des Anlasses der Reparationen.

Paris, 16. Oktober. Aus glaubwürdiger Quelle erfährt das Tschechoslowakische Pressbüro, daß der seit einigen Tagen in Paris weilende jugoslawische Minister Djuris und der französische Finanzminister Flandin ein Abkommen über die Gewährung einer Anleihe an Jugoslawien unterzeichnet haben. Diese Anleihe soll Jugoslawien den Verlust decken, der durch die Einstellung der deutschen Reparationszahlungen infolge des Hoover-Moratoriums entstanden ist.

64 Unterhauskandidaten ohne Gegner.

London, 16. Oktober. (Reuters). Im ganzen haben 64 für die allgemeinen Wahlen aufgestellte Kandidaten in ihren Wahlkreisen keinen Gegenkandidaten und erscheinen daher so ipso facto gewählt. Es sind dies: 16 Konservative, 12 Liberale-Nationalisten, insgesamt Anhänger der allnationalen Regierung, und 6 Sozialisten. Unter den so Gewählten befinden sich der Führer der Konservativen Stanley Baldwin, der Generalprokurator und einige Unterstaatssekretäre. Der Premierminister MacDonald wird in seinem Wahlkreis gegen einen kommunistischen und einen Labouristischen Kandidaten kämpfen müssen. Auch der Führer der Labourpartei Henderson wird mit zwei Gegenkandidaten, u. zw. mit einem Kommunisten und einem Konservativen, den Kampf auszufechten haben.

Sprengstoff-Attentat gegen eine sozialdemokratische Zeitung.

Kassel, 16. Oktober. Gegen die Geschäftsräume des „Sozialdemokratischen Volksblattes“ wurde heute gegen 3 Uhr morgens von unbekanntem Täter ein Sprengstoffanschlag verübt. Nach den bisherigen Feststellungen ist eine mit Sprengstoff und Eisenstücken gefüllte Zigarrenkiste, die mit Bindfaden umwickelt war, durch das Öffnen der Kiste in die Luft geschleudert und mit einer Zündschnur zur Explosion gebracht worden. Die Explosion durchschlug die Mauer unterhalb des Schaufensters und zertrümmerte die Ladenfrontscheibe sowie die beiden Seitenscheiben. Personen wurden nicht verletzt. Der Sachschaden ist nicht erheblich. Der Polizeipräsident begab sich sofort zum Tatort.

Interessant ist, daß heute früh bei der Redaktion des „Kasseler Volksblattes“ ein Drohbrief einlangte in dem ein anonymes Schreiben den Anschlag voraus sagte. Es heißt darin, man werde dem Volksblatt, wenn es nicht mit den Lügen und Verheerungen gegen die SPD aufhöre, einen Sprengkörper „in den Bauch schießen“.

25 Stimmen Mehrheit für Brüning.

Exodus der Patentkreuzler vor weiteren heißen Abstimmungen.

Berlin, 16. Oktober. Nach einer vier-tägigen parlamentarischen Schlacht wurden heute nachmittags im Reichstag die von Nationalsozialisten und Kommunisten gestellten Mißtrauensanträge gegen das zweite Kabinett Brüning mit 295 gegen 270 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Der Reichstag wies bei dieser entscheidenden Sitzung eine noch nie dagewesene Präsenz auf, da nur sechs Abgeordnete wegen Krankheit fehlten.

Bis zuletzt war die Entscheidung höchst ungewiß. Die deutsche Volkspartei hatte dem Reichskanzler ihr Vertrauen entzogen, weil er nach ihrer Meinung der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zu weit entgegengekommen sei. Auch die Landvolkpartei war mit Brüning unzufrieden; angeblich hat er immer noch nicht genug für die Landwirtschaft getan. Die Wirtschaftspartei schwankte bis zuletzt, aber aus Angst vor etwaigen Neuwahlen stimmte sie schließlich doch gegen die Mißtrauensanträge. Das gleiche tat eine Minderheit bei der Volkspartei (fünf Abgeordnete) und bei der Landvolkpartei (einer). Drei Abgeordnete dieser Parteien haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Die von den Kommunisten gestellten Mißtrauensanträge gegen einzelne Minister wurden mit Mehrheiten von 65 bis über 100 Stimmen abgelehnt, ebenso ein Antrag auf Auflösung des Reichstages mit 320 gegen 252 Stimmen.

Vor den weiteren Abstimmungen erklärte der Nationalsozialist Dr. Frick, die Nationalsozialisten hätten nach diesem Verlauf der Verhandlungen kein Interesse mehr an den parlamentarischen Beratungen. Sie würden den Reichstag verlassen und außerhalb des Parlaments daran arbeiten, um die letzten Stützen dieses Systems zu brechen. Die Deutschnationalen schloßen sich mit den drei Dissidenten aus der Landvolkpartei der Erklärung Dr. Fricks an.

Die Mitglieder der Rechtsopposition verließen darauf unter großer Unruhe des Hauses den Saal.

In der weiteren Aussprache stellte der Sozialdemokrat Sollmann fest, daß zwar die

Rationalsozialisten noch vor einem Jahr die Aufhebung des Versailler Friedens, die Einstellung der Reparationszahlungen und ein Ultimatum an Frankreich verlangt hätten,

jetzt aber ziehen sie aus dem Parlament hinaus, weil sie sich vor jeder verantwortungsvollen Abstimmung über Fragen der Außenpolitik brüden wollen. Aus der Erklärung der nationalsozialistischen Führer geht hervor, daß sie, wenn sie einmal zur Macht kommen sollten, vor den ausländischen Kapitalisten kriechen werden, denn ihr ganzer Kampf gilt der Vernichtung der Rechte der deutschen Arbeiter. Der Anhang der Nationalsozialisten sei auch deshalb erfolgt, weil sie unter dem Druck ihrer Geldgeber nicht wagen dürfen, im Reichstag für den sozialdemokratischen Antrag auf Aufrechterhaltung des Tarifrechtes zu stimmen, ebenso wenig für einen anderen sozialdemokratischen Antrag auf Neuregelung der Fürstenabfindungen unter Berücksichtigung der allgemeinen Notlage.

Der Reichstag vertagte sich schließlich auf Viertel 9 Uhr abends, um eine Reihe von Anträgen zu Ende zu beraten und über die Fortsetzung der Verhandlungen zu entscheiden.

In der neuen Sitzung wurde ein kommunistischer Antrag, der die Einstellung der Panzerkreuzerbauten und die Verwendung der dadurch ersparten Mittel für Kindererziehungsanstalten verlangt, mit 211 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, die wegen des Fehlens der Rechtsopposition die Mehrheit haben, gegen 181 Stimmen angenommen.

Vertagung bis 23. Feber.

Gegen den Widerspruch der Kommunisten, die schon am nächsten Dienstag eine weitere Reichstags Sitzung haben wollten, vertagte sich dann auf Wunsch der Regierung der Reichstag bis zum 23. Feber 1932. Die Winterpause wird sich aber nur auf die Plenarsitzungen beziehen, denn die Ausschüsse werden mit der Bearbeitung der vielen ihnen überwiesenen Anträge reichlich zu tun haben.

Billigung der Regierungserklärung.

Agrarischer Vorstoß gegen die sozialpolitische Gesetzgebung.

Prag, 16. Oktober. Im Abgeordnetenhause wurde heute abends nach ganzjähriger Sitzung die Debatte über die Regierungserklärung abgeschlossen und die Erklärung mit den Stimmen der Koalition zur Kenntnis genommen. Die deutschen Oppositionsparteien und auch die Hlinkalente hatten ihre Anwesenheit bei der Abstimmung gar nicht für notwendig erachtet und waren anscheinend schon mit den Nachmittagsjahren verschwunden. In der Debatte griffen noch zwölf Redner ein. In erwähnen ist aus ihr vor allem ein Vorstoß des tschechischen Agrarier Stanzl, des bekannten Scharfmachers, gegen unsere Sozialpolitik.

Stanzl sprach zunächst über die Not der Landwirtschaft und schäzte den heutigen Ernteertrag infolge des schlechten Wetters auf anderthalb Milliarden; er verlangt eine freiwillige Beschränkung der Einfuhr auf das allernötigste Maß. Dann „warnt“ er vor einem übereilten Tempo der sozialpolitischen Gesetzgebung, denn in sozialen Fragen könnten wir nur so weit gehen, soweit unsere Kräfte ausreichen. Nur wenn Landwirtschaft und Industrie eine gesunde rentable Entwicklung nehmen, könnten sich sozialpolitische Gesetze in die Wirtschaft einfügen. Dana griff er die Sozialversicherungsanstalten an, verlangte auf diesem Gebiete eine schärfere Kontrolle sowie eine gesetzliche Herabsetzung der Leistungen und der Regie. Der Antrag von Forderungen des rechten Flügels der Agrarier wäre nicht vollständig, wenn Stanzl dann nicht auch noch die Aufhebung der gebundenen Wohnungswirtschaft „im Interesse der sozialen Gerechtigkeit“ verlangt hätte!

Am erwiderte später Genosse Lajerz. Er legte dar, daß die sozialen Lasten gerade in den Ländern, die mit uns auf dem Weltmarkt erfolg-

reich konkurrieren, unverhältnismäßig höher sind. Außerdem ist der Lohnanteil am Fertigprodukt infolge der Rationalisierung ständig im Sinken. Lajerz verlangte dann u. a. die Schaffung eines Rohfonds, aus dem die Ausgesteuerten unterstützt werden sollen.

Am Vormittag hatte Luend (tsch. Nat.-Soz.) die Aufregung über die kürzliche Rede des Außenministers vor nationalsozialistischen Metallarbeitern, in der er angekündigt hatte, daß es zu einer neuen Wirtschaftsorganisation Europas und der ganzen Welt kommen müsse, für unbegreiflich erklärt. Zur Abschaffung der Anarchie in unserer industriellen Produktion müsse es kommen. Wenn die Unternehmer das nicht begreifen wollen, so müßten die Sozialisten kategorisch erklären, daß diese Anarchie abgeschafft werden muß auch um den Preis der Rationalisierung der Hauptzweige unserer industriellen Produktion.

Von deutscher Seite erklärten Czerz (Gewerbetyp.) und Zajáček, sie würden gegen die Regierungserklärung stimmen. Sollmann (P. d. L.) polemisierte gegen die geforderte Einführung der 40 Stunden-Woche.

Nach der Abstimmung wurden einige Inzidenten erledigt und eine Reihe dringlicher Interpellationen, auf die die Antworten bereits vorlagen, abgelehnt. Die Kommunisten hatten mit ihrem neuesten Schläger, vom Fürsorgeminister sofort eine Antwort zu verlangen, weil die 20 Millionen für Unterstützung der Gewerkschaften bekommen habe, auch nicht mehr Glück. Mit diesen ebenso dummen wie halblösen Verhöhnungen werden sie auch bei der Arbeitererschaft wohl kaum viel anzurichten.

Nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege ausberufen werden.

Papier statt Hilfe.

Mit allen Regiekünsten, die man nun schon seit einem Jahrzehnt kennt, die aber durch den vielfachen Gebrauch nicht gerade wirkungsvoller geworden sind, haben die Kommunisten auch diesmal den Beginn der Parlamentstagung zu einer ihrer „Aktionen“ auszunutzen gesucht. Diesmal sollte es etwas ganz besonderes werden. Hatten sie etwa die Absicht, den Kriegspfern wirkliche Hilfe zu bringen. Ach nein, das wäre ja eine solche Verbiegung der richtigen bolschewistischen Linie, daß sie dafür vom heiligen Moskauer Synod mit Exkommunikation bestraft werden würden. Es war wieder nur das alte föndiantenhafte Spiel: so zu tun, als ob... Um sich damit brühen zu können, daß man ein Verze für die unter der Wirtschaftskrise Leidenden und Hungernden habe, während die „Sozialfaszisten“ natürlich nur die Sorge haben, wie sie die Kapitalisten reiten und die Arbeitslosen benachteiligen könnten. Man könnte über die kindliche Bosse herzlich lachen, wenn nicht gerade die Kerneien der Armen, die Erwerbslosen, die Kosten tragen müßten.

Schon einige Zeit vor dem Zusammentritt des Parlaments kündigten also die Kommunisten an, daß jetzt der Moment eines resoluten Kampfes für Brot und Arbeit gekommen sei und sie machten bekannt, daß sie an der Spitze dieses Kampfes stehen würden. Rings im Lande arrangierten sie vorher Versammlungen, die allerdings so besetzt waren, daß die kommunistische Presse es vorzog, die wirkliche Zahl der Teilnehmer nicht zu nennen und dafür den beschönigenden Ausdruck „massenhaft“ wählte. Auch gelang es den kommunistischen Arrangements, unter den Prager Arbeitslosen und Arbeitern ein paar Duzend Leute zu bestimmen, am Tage der Parlamentseröffnung den sozialistischen Parteien die „Forderungen“ der kommunistischen Partei und ihr „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ zu unterbreiten. Man darf annehmen, daß die armen Teufel, die sich dazu hergaben, keine Ahnung hatten, welcher Mißbrauch mit ihnen und ihrem Schicksal getrieben wird.

Wofür haben sich nun diese höchst fragwürdigen „Deputationen“ bei den sozialistischen Parteien eingesetzt? Um diesen boaristisch zu machen, daß jetzt und noch mehr in den kommenden Monaten Arbeitsbeschaffung und Fürsorge für die Erwerbslosen für sie oberstes Gebot ihres Handelns sein muß? Dazu hat es von kommunistischer Seite keiner Aufmerksamkeit gebraucht. Was bisher schon geschehen ist und was noch geschehen wird, das kann allein den sozialistischen Parteien als Verdienst gebucht werden, die kommunistische Partei hat daran nicht den allergeringsten Anteil. Denn während die Sozialisten gegen die Schwerhörigkeit und Hartnäckigkeit der bürgerlichen Parteien schwer zu ringen hatten, besteht die Tätigkeit der Kommunisten ausschließlich darin, die Anst, die zwischen den Gruppen der Arbeiterbewegung gähnt und die, da sie deren geschlossenes Auftreten hindert, zu ihrer Schwächung führt, noch mehr zu erweitern. Der Auftrag, den die Deputationen hatten, ging dahin, die parlamentarischen Fraktionen der sozialistischen Parteien zu bestimmen, die kommunistischen Anträge so ernst zu nehmen, wie sie es — wir wollen den mildesten Fall annehmen — in ihrer Rawität wohl tun, Anträge, denen jeder Ernst fehlt und die von ihren Verfertignern selber nicht ernst genommen werden.

Was diese Anträge betrifft, so haben sie schon in der kommunistischen Agitation während der Gemeindevahlbewegung eine Rolle, nämlich als Wahlbäder, gespielt. Sie sollten beweisen, daß auch die Kommunisten es verstehen, praktische Vorschläge zu machen. Was sie in Wirklichkeit beweisen, das ist die Unaufrichtigkeit der kommunistischen Führer, welche das herrschende Elend dazu benutzen wollen, um den schlauesten Gang ihres Parteigeschäftes durch schwindelhafte Reden zu

haben. „Anträge“ kann man spielend leicht produzieren und man kann sie in Massen fabrizieren. Solange die kommunistische Partei aber bei ihrer ihr von Moskau anbefohlenen Politik verbleibt, müssen solche „Anträge“ nur wertloses Makulaturpapier bleiben. Wer es für eine verdienstliche Tat hält, Papier mit Worten und ohne Berücksichtigung der Machtverhältnisse mit „Forderungen“ zu beschreiben, der mag über Zahl und Inhalt der in diesen Tagen von den Kommunisten eingebrachten Anträge Zufriedenheit empfinden. Wenn mit Papier den Arbeitslosen und auch den kleinen Landwirten geholfen werden könnte, sie wären durch die kommunistische Hochstuf von papierernen Anträgen alleinst auf gründlichste erreicht. Jeder Arbeitslose erhält für die ganze Zeit seiner Erwerbslosigkeit eine Unterstützung in der Höhe des Krankengeldes, auch für die Sonn- und Feiertage, außerdem dreihundert oder fünfhundert Kronen auf die Hand gezahlt, dann noch eine Mietzinsaushilfe, ferner werden einige Zehntausend Kleinwohnungen aus Staatsmitteln gebaut, den Kleinlandwirten werden alle direkten Steuern und die Hypothekenschulden gestrichen, dann werden alle indirekten Steuern, die Umsatzsteuer, die Fleischsteuer, die Acker-, die Bier-, die Kohlen-, die Hundbühlsteuer vollständig abgeschafft, schließlich werden auch noch sämtliche Zölle aufgehoben. Die Armen und Minderbemittelten brauchen fünfzig bis so gut wie gar nichts mehr zu den öffentlichen Staatslasten beitragen, alles müssen die Besitzenden bezahlen, die ärmeren Schichten werden nur erhalten, doch nichts zu geben brauchen. Ein idealer Zustand und wie schön, daß ihn die Kommunisten schaffen wollen! Freilich: abgesehen von den durch die Abschaffung einer ganzen Reihe von Steuern auf ein Minimum reduzierten Einnahmen des Staates, der Gemeinden und Länder, würden die Kosten der Bewirtlichung der kommunistischen „Forderungen“ vielleicht zwei, vielleicht fünf und vielleicht zehn Milliarden betragen, mehr als die gesamten Staatseinnahmen, aber darüber zerbrechen sich politische Schwindler, wie es die Kommunisten sind, die sich und die Arbeiter systematisch betrügen, nicht einen Augenblick den Kopf.

Es heißt, die Denkfähigkeit der Arbeiter, der Arbeitslosen und auch der kleinen Landwirte beleidigend unterschätzen, wenn ihnen zugemutet wird, in solchen „Aktionen“ mehr als eine Verhöhnung ihrer Notlage zu erblicken. Der Proletarier wird sich mit dem Papier, mit dem ihm die Kommunisten aufhelfen wollen, nicht einmal das Salz auf sein Brot kaufen können. Gewiß, es wird nicht alles getan, was zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und was zur Vinderung der bitteren Not der vielen Zehntausende Menschen notwendig wäre, welche die Wirtschaftskrise zum Feiern und Sungen zwingt, aber wie könnte mehr durchgeführt werden? Es gibt da nur ein Mittel: den Einfluß der Arbeiterklasse im Staate zu stärken, die Positionen der sozialistischen Parteien gegenüber den bürgerlichen Parteien zu festigen. Doch just dazu wollen sich die Kommunisten nicht verstehen, sie haben vielmehr alles, jedes Wort, das sie schreiben und jedes, das sie reden, darauf angelegt, den Keil

zwischen die Gruppen der Arbeiterbewegung noch tiefer zu treiben. O, sie reden auch von Einheitsfront, nämlich unter ihrer alleinigen Führung, das heißt, der sozialdemokratische Arbeiter solle seine Partei im Stiche lassen und sich der Kommandogewalt der Moskauer Parteipäpste unterstellen, wozu er natürlich nach dem jahrzehntelangen sinnlosen und verbrecherischen Verunzweigen mit Arbeiterleben und Arbeiterexistenzen, wie es die

Kommunisten betreiben, nicht die geringste Lust verspürt. Bei Fortsetzung der Methoden und Politik der Kommunisten kann es daher leicht dahin kommen, daß dem Arbeiter auch das letzte Zöpfchen der Würst von den Kommunisten geraubt werden wird, das mancher von ihnen heute noch in das Papier der kommunistischen „Anträge“ einwickeln kann und wozu dieses noch gerade recht ist.

Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Nordböhmen.

Im September ist die Zahl der Arbeitslosen um 5322 gestiegen.

In den 47 Bezirksämtern für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung in Nordböhmen waren 15.362 Arbeits- und Dienststellen und 88.463 Bewerber und Bewerberinnen angemeldet, wobei 10.426 Vermittlungen erzielt wurden. Außerdem gelangen zur Ausweisung 26.240 Stellen, 21.968 Bewerber und 26.219 Vermittlungen im Zusammenhang mit der Vermittlung der Hopfenplücker auf Grund der im Wege des Landeszentralarbeitsamtes bezug. bei den zuständigen Arbeitsvermittlungsanstalten gemachten Bestellungen, sowie auf Grund der Abfertigung derselben auf Grund der direkten Verhandlungen der Hopfenproduzenten mit den Hopfenplückerpartien. Fast alle diese Hopfenplücker wurden durch die Bezirksämtern für Arbeitsvermittlung auch mit Legitimationen zur Erlangung der ermäßigten Bahnfahrt beteiligt. Die Vermittlung der Hopfenplücker erfolgte allerdings bereits im August und wurde jetzt nur statistisch ausgewiesen.

Zum Schlusse des Monats waren in den erwähnten 47 Ämtern 61.311 Arbeitslose in Evidenz, also um 5322 mehr als am Anfang des Monats.

Die größte Arbeitslosigkeit ist in den Bezirken Gablonz a. N., Tepliz-Schönan, Friedland, Teichau, Brüx und Komotau und in den Berufsgruppen der Hilfsarbeiter, der Arbeiter der Textil-, Glas- und Metallindustrie, der Tagelöhner und Bauarbeiter zu verzeichnen.

Die gemeinschaftliche Arbeitslosenunterstützung mit dem Staatsbeitrage erhielten 15.025 gänzlich und 12.684 zeitweise Arbeitslose. Für die staatliche Ernährungsaktion wurden für Nordböhmen 3.000.000 Kronen zur Verfügung gestellt. Um die Unterstützung aus dieser Aktion zu erhalten über 40.000 Personen. Es wurden 168 Notstandsarbeiten durchgeführt, bei denen etwa 7000 Personen beschäftigt waren. Die meisten Kurzarbeiter, für welche die gemeinschaftliche Arbeitslosenunterstützung mit dem Staatsbeitrage nicht in Betracht kommen kann, waren in den Bezirken Brüx, Gablonz a. N., Wardsdorf, Friedland und Dux zu verzeichnen und sind hauptsächlich die Berufsgruppen der Bergarbeiter sowie der Arbeiter aus der Glas-, Textil- und Metallindustrie betroffen.

Mehr als je früher zeigt sich die Notwendigkeit der tunlichst Zentralisierung des Arbeitsmarktes, die dem Arbeitgeber das Suchen und die Auswahl der nötigen Arbeits- und Dienstkräfte und den Arbeitslosen das Suchen einer Stelle erleichtern soll. Die Arbeitsvermittlungsanstalten bitten daher wiederholt um Meldung aller Arbeits- und Dienststellen, die zur Befugung gelangen sollen. Die Vermittlung ist vollkommen unentgeltlich, die meisten Bezirksämtern sind telephonisch zu erreichen. Sonst empfiehlt es sich — besonders in den landwirtschaftlichen Bezirken — die Dienste der Bezirksämtern für Arbeitsvermittlung hauptsächlich an den Wochenmarktstagen in Anspruch zu nehmen.

Niederträchtige Schmähung der Deutschen

durch einen tschechischen Lehrerverlag.

Christlichsoziale Abgeordnete haben auf Grund von Zeitungsmeldungen eine Interpellation eingebracht, in der das Schulministerium gefragt wird, ob es Kenntnis davon habe, daß der tschechische Lehrerverlag in Gollitschan in Mähren zur Propaganda für eine von ihm herausgegebene „Tschechische Geschichte in Bildern“ folgenden Aufruf (natürlich in tschechischer Sprache) verfaßt hat und in den Schulen verteilen ließ:

An das ganze Volk!

Es war still und ruhig bei uns nach dem Umsturz bis zum Jahre 1920. In diesen Jahren der Freiheit, indem die streitende Heere unserer Legionäre in ihre befreite Heimat zurückkehrten, wogte unser Erbfeind, der Deutsche, nicht einmal laut zu sprechen. Die Tage der Begeisterung verstrichen jedoch bald, die Einheit des Volkes verschwand wie ein schöner Traum und die alte deutsche Bestie macht sich nun über unseren tschechischen Staat lustig, heßt gegen ihn, überfällt unsere Kinderheiden, verpöbelt die

Legionäre, beleidigt Mosary und stiehlt uns wieder unsere Kinder, um sie wieder in ihren Folterkammern zu verurteilen und sie einmal mit der Waffe in der Hand gegen die eigene Mutter zu stellen. Unser ganzes Volk muß die germanische Hydra zurück schlagen helfen. Wir dürfen nicht ruhig zusehen, wie diese Zerstörer der Schönheiten Frankreichs, wie diese barbarischen Volkstäter des Willens Wilhelm des Stülpigen sich gegen unser Vaterland vorbereiten. Diese Horden der Barbaren müssen wir nach der Art der Unsrigen bei Jaroslaw empfangen und dorthin jagen, wohin sie gehören...

Inhalt und Ton dieses Aufrufs, der wohl der Ablehnung durch alle anständigen Menschen, ohne Unterschied der Nation, sicher ist, scheinen uns nicht nach dem Schulministerium, sondern auch nach dem Justizministerium zu rufen. Ist solche „Bestimmung“ schon an sich erschreckend, gefährlich und empörend, so wird sie geradezu zu einer Bedrohung durch den Umstand, daß Lehrer, Volksbildner, Jugenderzieher sie pflegen und verbreiten und so mit ihrem verpöbelten Gehirn zahllose junge Menschen anzulocken wagen. Hier muß unter allen Umständen tabula rasa gemacht werden!

Die sozialistischen Eisenbahner beim Eisenbahnminister.

Prag, 16. Oktober. Heute begaben sich die Vertreter der Arbeitergemeinschaft der sozialistischen Eisenbahnergewerkschaften zum Eisenbahnminister, um ihm das nachdrückliche Verlangen nach Einstellung jeder weiteren Verschlechterung der Verhältnisse der Eisenbahngestellten vorzutragen. Für die Arbeitergemeinschaft beteiligten sich die Abgeordneten Brodecky, Stanek, Prochazka, Fiala und Grünzner, ferner Cech, Skofalek und Rohaba.

Die Sprecher der Deputation, Brodecky, Prochazka, Rohaba und für den deutschen Eisenbahnerverband Cech informierten den Minister über die Situation in den Reihen aller Eisenbahncategorien und forderten übereinstimmend die Einstellung der weiteren Herabsetzung des Lebensniveaus der Eisenbahner.

Der Minister legte den Stand dar, in dem sich das größte staatliche Unternehmen derzeit befindet, und erklärte seine Bereitwilligkeit, gemeinsam mit den Vertretern des Personals an der Erhaltung des Lebensstandards der Eisenbahner mitzuwirken. Zu diesem Zwecke werden weitere regelmäßige Konferenzen im Eisenbahnministerium abgehalten werden, wo die Vertreter der Arbeitergemeinschaft konkrete Daten über eventuelle Veränderungen vorbringen können. Das Ministerium verpflichtet sich seinerseits, alle auf dieses Thema bezüglichen Fragen vor ihrer Verwirklichung erst vor dieses Forum zu bringen.

Die staatliche Ernährungsaktion und die Evidenz der Arbeitslosen. In den Krisenzeiten wurden schon einigemal besondere staatliche Unterstützungsaktionen ins Leben gerufen. Gegenwärtig handelt es sich um die staatliche Ernährungsaktion für Arbeitslose und Kurzarbeiter, auf Grund welcher diese, soweit ihr Lebensunterhalt nicht gesichert erscheint, durch die Gemeinden um Zuteilung von Lebensmittelfkarten im Betrage von 10 bzw. 20 Kronen pro Woche ersuchen können. Bei dieser Aktion wurde, wie die Richtlinien des Ministeriums für soziale Fürsorge, die unter Zahl: 11.978-III-C ab 1930 herausgegeben wurden, beweisen, auch mit der Unterstützung der Bezirke und der Gemeinden gerechnet, was jedoch bei der ungünstigen Lage der Bezirke und Gemeinden leider nicht möglich war. Die Verteilung der zur Verfügung stehenden Beträge legt eine tunlichst genaue Statistik der Arbeitslosen voraus, die bis jetzt hauptsächlich durch die Bezirksämtern für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung direkt, zum Teil mit Hilfe der Gemeinden gesammelt wurde. Während die gänzlich Arbeitslosen, die als Bewerber um Arbeits- oder Dienststellen in Betracht kommen, bis auf geringe Ausnahmen erfasst wurden, ist es bei den Kurzarbeitern nicht allgemein gelungen und müssen hier allmonatlich die Zahlen nur annähernd nach Schätzung angegeben werden. Es wäre jedoch im Interesse der Kurzarbeiter, wenn sich auch diese regelmäßig je nach der Entfernung von dem Orte der Arbeitsvermittlung auf Grund des Einbernehmens ihrer Gemeinden mit der zuständigen Kassa melden würden, weil die genaueren Daten einen größeren Wert haben und auch einen günstigeren Erfolg mit sich bringen können, als wenn nur mit annähernden Daten gerechnet werden soll.

20prozentige Tarifierhöhung in Oesterreich.

Wien, 16. Oktober. Der Hauptauschuß des Nationalrates genehmigte die durchschnittlich zwanzigprozentige Erhöhung der Bundesbahntarife ab 20. Oktober l. J.

Der Traumlerker

Roman von Hermynia Zur Mühlen.

Ernst Rupp's Hand blähte sich noch mehr; sein Krögen schien noch weicher zu glänzen. Die gepflegten Hände machten eine gnädige Geste: „Es ist gut, Herr Müller, Sie wissen ja, wir nehmen alle erdenkliche Rücksicht auf alte Angestellte.“

Friedrich Müller beugte sich über das Papier. Wo war er stehen geblieben?

„Daß es uns unmöglich ist...“

Die kleine blonde Stenotypistin zog eine Schokoladetafel hervor und begann zu essen. Sie bot der Kollegin ein Stück an.

Die wehrte empört ab.

„Ich muß noch zehn Pfund abnehmen. Mit hundertachtundfünfzig kann man nicht dämonisch sein.“

Der Sonnenstrahl war hinter einer Wolke verschwunden. Das Büro lag im großen trostlosen Licht eines Märztags. Der Sturm hatte sich gelegt.

Frau Marie Louise Klinker trat in das Arbeitszimmer ihres Mannes, eine illustrierte Zeitung in der Hand.

„Störe ich dich, Gabriel? Ich wollte dir nur die Bilder unseres Heims zeigen. Sie sind ausgezeichnet ausgefallen. Auch meine Photographie in dem blauen Pannekleid.“

Gabriel Klinker blinnte vom Schreibtisch auf. Wer war diese fremde elegante Frau, die nun mit einem Lächeln eine illustrierte Zeitung von ihm hinlegte. Er hatte doch eben eine ganz andere Frau vor sich gesehen, ein kleines abgearbeitetes Weiblein, mit roten aufgesprungenen Händen, das einen Wollstrumpf stopfte und halb lachend, halb verzweifelt zu ihm sagte:

„Wie machst du das, Gabriel, um deine Strümpfe so zu zerreißen?“

Sein verwirrter Blick fiel auf das Sekretärchentischchen, auf den Mahagonischreibtisch, dann weiter schweifend, auf die grün in grün gestreifte Seidenkapote seines Arbeitszimmers. Wo ist er? Wie kommt er hierher? Ist er denn nicht Gabriel Klinker, ein Arbeiter?

„Du träumst wieder einmal, Gabriel, das liebe ich nicht.“

Die gedämpfte Stimme der Frau klang hart.

„Deine Träume sind gefährlich.“

„Hast du Angst vor ihnen, Marie Louise?“

„Ja.“

„Weshalb?“

„Weil sie dich in die Vergangenheit zurückführen, die ich hasse.“

Er hob die müden Augen zu ihr empor.

„Wenn du meine Vergangenheit hast, so mußt du auch mich hassen, Marie Louise.“

„Nein, denn du bist etwas anderes. Du bist das, was wir beide, du und ich, aus dir gemacht haben.“

Sie beugte sich zu ihm nieder. Das Licht der Schreibtischlampe fiel auf ihr kastanienbraunes Haar und ließ es bronzefarben leuchten. Ihre etwas harten Augen wurden weich, ihre roten Lippen lächelten.

Die magere Frau mit den abgearbeiteten roten Händen verschwand; Gabriel Klinker sah nur noch die schöne elegante Frau, die er liebte und auf die er stolz war.

Marie Louise setzte sich auf die Lehne seines Sessels; ihr weicher weißer Arm legte sich um seinen Hals, dort, wo der Krögen aufhörte und er ihre sammetartige Haut fühlen konnte.

„Du darfst keine Dummheiten machen, Gabriel, dein letzter Leitartikel war eine Dummheit, glaub es mir.“

Sie neigte sich tiefer, er roch den Duft ihres Parfums, sah im Ausschnitt des Kleides die weichen, vollkommen schön geformten Brüste.

Zwei Gabriel Klinkers saßen vor dem Schreibtisch, der eine betrocknete mit kühlen Händen prüfend die Frau; er wuschte, was sie wollte, wuschte, weshalb sie, die sonst so kühl und zurückhaltend war, sich ihm anbot: weil sie fürchtete, alles zu verlieren, was ihr, der verarmten Aristokratin, das Leben lebenswert machte. Sie nützte ihre Schönheit aus, die Macht, die sie über seine Sinne besaß. Pure, dachte Gabriel Klinker, du verkaufst dich an den erfolgreichen Mann, heute, wie vor vier Jahren, pure.

Aber der andere Gabriel Klinker sah die gepflegte samtweiche Haut — die Mädchen, die er als junger Burche gekannt, hatten keine solche Haut gehabt — er roch den Duft des gepflegten Körpers — diese Frau trug nicht eine Woche lang ein verstaubtes Hemd — er hörte die schön modulierten weiche Stimme — schon vor Jahren hatten ihn die kreischenden Stimmen der Arbeitermädchen geschmerzt.

Wie die grüne Tapete leuchtete, wie harmonisch und schön das ganze Zimmer war. Ja, irgendwo gab es elende dumpfe Stuben, Häßlichkeit, rohen Lärm, aber er war alldem entflohen; es wäre Wahnsinn, um eines Traumes willen zurückzuführen.

Die Frau schmeigte sich enger an ihn. Seine kalt gewordenen Hände fühlten ihre tröstliche Wärme.

Er straffte sich; was lag an dem, was er gewollt? Er hielt die Gegenwart in festen Händen, und die Gegenwart war die Frau.

Er rief sie an sich.

Sie lächelte.

„Wie stark du bist.“

Die Worte taten ihm wohl. Ja, er ist stark, läßt sich nicht von dummen Gefühlen unterliegen, von einer schwächlichen Sentimentalität.

„Liebst du mich?“ fragte er heiser.

„Ja, so wie du bist. Der große Mann, der alle Hindernisse besiegt hat.“

Sie lag in seinen Armen, er fühlte an

seinem Hals das weiche lockige Haar. Ihr roter Mund hob sich ihm entgegen.

„Komm schlafen“, flüsterte sie, „es ist schon spät.“

Ihre hellen Augen schweiften zum Schreibtisch, zu den eng beschriebenen Blättern, die darauf lagen.

„Daß das dumme Schreiben“, bettelte sie. „Hast doch einmal Zeit für mich.“

Ihr Kopf war hochgeklippt, er sah die schlanken Beine in den schimmernden Seidenstrümpfen, sah zwischen Strumpf und Schlupfbusse das weiße Fleisch schimmern. Er beugte sich nieder und küßte es. Alles war gleichgültig, alles war tot, nur dieses weiße Fleisch lebte und lockte...

Die Kissen waren weich wie ihre Arme. Die verschleierte Kampe warf zarte rosige Schatten auf ihren nackten Körper. Seine Umarmung gleich einer Vergewaltigung. Er wollte eins sein mit dieser Frau, die für ihn eine fremde Welt verkörperte. Dämonische Bilder wuchsen durch seinen Kopf, Bordelle, klägliche Liebestunden in öden Stuben, draußen im Park auf einer Bank.

Nun lag er in einem breiten Empirebett, zwischen weichen Battistalen, auf Spitzenkissen. Und die Frau, die sich ihm hingab, war das Leben, das er in seiner Armut ersehnt und begehrt hatte, der Traum.

Marie Louise schlief ein. Im Schlaf rückte sie von ihm fort, zwischen ihr und ihm lag ein leeres weißes Kissen. Sie hatte die Arme um die Schultern geschlungen, als wollte sie sich vor seiner Berührung schützen. Ihr feines Gesicht war blaß und kalt, fast jungfräulich.

Gabriel Klinker starrte unter der seidenen Steppdecke. Er vermochte nicht einzuschlafen.

Fortsetzung folgt.

Kommunistische Genossenschaftsbankrotteure.

Zu der kommunistischen „Genossenschafts-Zeitung“ wird der Versuch unternommen, die alleinige Schuld an dem Zusammenbruch des Konsumvereines in Nimes von den Kommunisten abzuwälzen. Schuld sind vielmehr die Sozialfaschisten und der Sec-Verband, dessen „mangelnde Unterstützung“ den Konkurs herbeigeführt hat. Die Sec hat dem Konsumvereine Nimes ein Vermögen geborgt. Sie hat für die aufgelaufene Warenschuld jahrelang keine Zinsen gerechnet. Sie hat das Geld zum Ankauf der Realitäten in Reichstadt und Planschnitz geliehen. Das ganze Jahr lang schimpfen die Kommunisten auf die Faschisten im Sec-Verbande. Sie führen aus politischen Gründen den schärfsten Kampf gegen die genossenschaftliche Zentralstelle. Wenn aber die Sec keine Gelder mehr hergibt, damit sie in kommunistischen Genossenschaften verpulvert werden können, dann wird über die „mangelhafte Unterstützung der Sec“ gejammert. Unsere Genossen sind 1926 in die Vereinsleitung eingetreten und haben unter den schwierigsten Verhältnissen ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten angestrebt. Diese Zusammenarbeit ist nie möglich gewesen. Deshalb haben sie im Sommer des vorigen Jahres ihre Mandate zurückgelegt. Als die Sec die Belieferung einstellte, haben die Kommunisten überall das Gerücht verbreitet, daß der Konsumverein von den Privatlieferanten besser beliefert wird.

Wenn die alleinige Schuld an dem Zusammenbruche der Konsumgenossenschaft trifft, darüber belehren die Ziffern der Jahresberichte. Von 1922 an bis 1926 wurde die Genossenschaft ausschließlich von Kommunisten verwaltet. Wohin diese kommunistische Herrschaft die Genossenschaft geführt hat, zeigen die folgenden Ziffern, die den Jahresberichten entnommen sind:

Der Umsatz betrug 1922 K 4.160.357.—
1926 „ 2.443.643.—
er ist also um 41 Prozent gefallen.

Mitglieder zählte die Genossenschaft
1922 2352
1926 1680

Die Zahl der Mitglieder ist also um 672 gesunken.

Die Außenstände der Mitglieder betragen 1922 K 23.974.—
1926 „ 74.716.—

Die Außenstände sind somit 1926 beinahe so groß wie die gesamten eingezahlten Anteile der Mitglieder.

Das Geschäftsjahr 1922 schließt noch mit einem Gewinn von K 7902.— ab. Die Bilanz vom 30. Juni 1926 weist aber seinen Gewinn, hingegen einen Verlust von K 650.807 aus. Der Verlust im Geschäftsjahre 1926 betrug allein K 202.981.04. Der Verlust während dieser vier Jahre erhöht sich noch um den Sanierungsbeitrag von K 142.000.—, den die Genossenschaft erhalten hat. Die Kommunisten haben also unter ihrer alleinigen Verwaltung den Konsumverein bankrott gemacht.

Die „Genossenschafts-Zeitung“ verschweigt diese Tatsachen. Der Konsumverein hätte nur durch eine Zusammenarbeit der gesamten Mitgliedschaft gerettet werden können. Der Versuch, der 1926 unternommen wurde, ist gescheitert. Die Kommunisten lassen lieber ein Arbeiterunternehmen zugrunde gehen, bevor sie in wirklicher Gemeinheitsarbeit mit den sozialdemokratischen Arbeitern die Rettung versuchen.

Seit zwei Jahren wurde die Eroberung des großen Mitteldeutschen Konsumvereines in Halle durch die Kommunisten als der Beginn eines neuen Aufschwunges der kommunistischen Genossenschaftsbewegung in Deutschland gefeiert. In seiner Nummer 131 vom 11. Juni 1931 schrieb der „Rote Vorwärts“ folgendes:

In Halle erfolgte am 30. Juni die gerichtliche Belästigung des von der Verwaltung des A. R. V. (Allgemeiner Konsumverein) eingeleiteten Vergleichsverfahrens. Diese Tatsache bedeutet die Einleitung einer neuen Etappe in der Entwicklung des roten Arbeiterkonsumvereines Halle. Der Weg ist frei zu neuem Aufstieg. Die Massen der Arbeiter haben den Sozialfaschisten und Renegaten eine Niederlage nach der anderen bereitet. Mit Begeisterung unterstützen sie den entschlossenen Willen der Verwaltung, den roten Konsumverein wieder aufzubauen. Fast täglich laufen bei der Verwaltung des Konsumvereines Halle Zuschriften von Mitgliedern ein, die ihren Austritt und die Kündigung ihres Anteiles zurückgeben. Kennzeichnend für den Arbeiterkonsumverein werden gerufen. In allen Verteilungsstellen steigert sich der Umsatz.

Der Arbeiterkonsumverein Halle ist gerettet für den Kampf des mitteldeutschen Proletariats und wir sind überzeugt, daß die mitteldeutsche Arbeiterkraft auch den Beweis erbringen wird, durch Umsatzeigerung, durch Werbung neuer Mitglieder, durch Stärkung des Spareinlagenfonds die mit dem Vergleich zusammenhängenden Verpflichtungen zu erfüllen.

Welche Täuschung der kommunistischen Arbeiterkraft!

Tenn was ist inzwischen aus Halle geworden? Am 3. Oktober ist laut einer Meldung des Berliner Börsen-Couriers das Konsumver-jahren eröffnet worden. Die nicht geschickten



RADION

wäscht allein!

3 Punkte sind wichtig:

1. kalt auflösen,
2. 20-30 Minuten kochen,
3. erst warm, dann kalt spülen.

Nur nicht heike!

beim Sport und Freiluftleben. Fräulein Hannerle — wie alle modernen jungen Menschen — kann sich jetzt immer wieder frische, reine Wäsche leisten, denn das häufige Waschen macht keine Mühe und schadet der Wäsche nicht, verwendet man nur immer Radion

Forderungen werden voraussichtlich leer ausgehen. Dadurch verlieren die kommunistischen Arbeiter in Halle und Umgebung einige Millionen Mark an Anteilen und Spareinlagen. Durch den Zusammenbruch von Halle werden noch einige andere mitteleuropäische Konsumvereine in Mitleidenschaft gezogen. Diese Konsumvereine sind gleichfalls von Kommunisten verwaltet und haben die Gelder ihrer Genossen nach Halle geliehen.

Nimes und Halle, beides sind

abschreckende Beispiele dafür, wohin die kommunistische Parteiherrschaft die Genossenschaften führt. Die Kommunisten in der Tschechoslowakei berufen für Anfang November neuerlich eine Reichskonferenz der sogenannten „Genossenschafts-Opposition“ ein. Sie versuchen also die Zerrüttung der Konsumvereine systematisch im ganzen Reich in die Wege zu leiten. Wir Arbeiter werden klug genug sein, und den kommunistischen Perforatoren in den Genossenschaften rechtzeitig das Handwerk legen.

Japan droht mit Austritt aus dem Völkerbund.

Tokio, 16. Oktober. (Reuter.) Die japanische Regierung legt die Entscheidung des Völkerbundesrates, daß die Vereinigten Staaten eingeladen werden sollen, an der Tagung des Völkerbundes teilzunehmen, folgendermaßen aus: Der Völkerbund und die Vereinigten Staaten von Amerika wünschen die Zusammenarbeit zu dem Zwecke, um sich auf den Kellogg-Pakt berufen zu können, wodurch die Frage der Intervention einer dritten Partei aufzuheben. Japan ist entschlossen, sich mit aller Entschiedenheit dagegen zu stellen, da es durchaus nicht dulden kann, daß ein Einfluß einer dritten Partei bei der Lösung eines Konfliktes erfolgt, der direkt seine Lebenseristenz betrifft.

Anfolgendes ist Japan eher bereit, alle Bestrebungen zum Völkerbunde abzubauen, und beabsichtigt durchaus nicht, seine Politik der direkten Verhandlungen über die Regelung mit China aufzugeben. Es wird ferner aufmerksam gemacht, daß der Kellogg-Pakt lediglich Fälle betrifft, in denen es sich um eine direkte kriegerische Tätigkeit handelt, während Japan darauf besteht, daß ein Kriegspakt nicht in Frage kommt. Auch wenn China den Krieg erklären würde, wird Japan, wie erklärt wird, seine Politik nicht ändern.

Amerika im Völkerbunde vertreten.

Genf, 16. Oktober. Der Völkerbundrat trat heute abends zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, an der zum ersten Male seit der Gründung des Völkerbundes ein Vertreter der Vereinigten Staaten teilnahm. In seiner Begrüßungsansprache betonte Briand, daß die Vereinigten Staaten seit Beginn des Konfliktes, der den Rat beschäftigt, ihre Solidarität mit der Haltung des Rates bekräftigen hätten. Es sei nicht

das erste Band, das die Vereinigten Staaten und den Völkerbund verbinde. Der Pakt von Paris, der mit dem Namen eines großen amerikanischen Staatsmannes für alle Zeiten verknüpft sei, fordere ebenso wie der Völkerbundpakt, daß Streitigkeiten nur mit friedlichen Mitteln beigelegt werden dürften.

Der Vertreter der Vereinigten Staaten erwiderte, die Vereinigten Staaten empfinden große Genugtuung darüber, daß sie wiederum mit Briand zusammenarbeiten könnten im Dienste des Friedens. Der Pakt von Paris stelle für Amerika ein wirksames Mittel dar, um die öffentliche Meinung zugunsten der Anwendung friedlicher Mittel bei Konflikten in Bewegung zu setzen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung gaben sämtliche Ratsmitglieder mit Ausnahme des Vertreters Japans und Norwegens Erklärungen ab, in denen die Anwesenheit eines Vertreters der Vereinigten Staaten begrüßt wurde.

Amerikanische Anfrage in Tokio.

Tokio, 16. Oktober. (Reuter.) Da die amerikanischen Finanzleute durch die Gestaltung des chinesisch-japanischen Konfliktes beunruhigt wurden, ersuchte der amerikanische Handelsminister den japanischen Finanzminister um eine klare Erklärung in dieser Angelegenheit. Heute abends erfolgte nun die Absendung der Antwort des japanischen Ministers der Finanzen. In der Erklärung hebt der Minister hervor, man dürfe nicht damit rechnen, daß der Konflikt mit einer Kriegserklärung beendet werden würde. Schließlich sei ja auch die ganze Frage unverständlich übertrieben worden.

Sattbefehl gegen Ehrenfest.

Wien, 16. Oktober. Wie das „Extrablatt“ erzählt, hat die Wiener Staatsanwaltschaft die Anklage gegen den ehemaligen Direktor der Kreditanstalt Kris Ehrenfest wegen des Verbrechens des Betruges, der betrügerischen Krida und verschiedener anderer Verfehlungen erhoben und einen Sattbefehl gegen ihn erlassen. Da sich Ehrenfest gegenwärtig in Paris aufhält, ist gleichzeitig bei den französischen Justizbehörden seine Auslieferung beantragt worden, die nach den geltenden vertraglichen Bestimmungen nicht zweifelhaft sein kann. Kris Ehrenfest war seinerzeit Direktor der Devisenabteilung der Kreditanstalt und einer der Begründer der Amstelbank.

Steuerleistung in Naturalien.

Warschau, 16. Oktober. Der Sejm hat in seiner heutigen Plenarsitzung u. a. in dritter Lesung den Gesetzentwurf angenommen, durch den die Einhebung rückständiger Steuern in Naturalien, und zwar in Kohle, Getreide und anderen wirtschaftlichen Produkten zugelassen wird. Die aus diesen Steuern geschaffenen Vorräte sollen für Arbeitslosenunterstützungen verwendet werden.

Der Runtius aus Madrid abberufen.

Rom, 16. Oktober. Wie verlautet, wurde der päpstliche Runtius in Madrid Tedechini abberufen. Die Nachrichten über einen Bruch des Vatikan mit Spanien werden jedoch bisher nicht bestätigt.

Der neue österreichische Finanzminister.

Wien, 16. Oktober. Die Verhandlungen des Bundeskanzlers Dr. Durech mit dem Abgeordneten Dr. Kleinböck über die Übernahme des Bundesfinanzministeriums haben zu keinem Ergebnis geführt. Dr. Kleinböck lehnte wegen des Widerstandes ab, der sich gegen ihn beim Landbund und bei der sozialdemokratischen Opposition geltend gemacht hat. Der Bundeskanzler wandte sich heute an den christlichsozialen (früher deutsch-nationalen) Abgeordneten Weidenhoffer, der sich zur Übernahme des Finanzministeriums bereit erklärte und noch in den heutigen Abendstunden den Eid in die Hände des Präsidenten ablegte. Dr. Weidenhoffer ist Erponen der feiermarkischen Industrie und spielte schon im alten österreichischen Parlament auf der deutsch-nationalen Linien eine bedeutende Rolle.

Ein Konzentrationskabinett?

Vor dem Zusammentritt des Nationalrates wird sich, wie C.P.B. aus Wien meldet, der Bundeskanzler um die Verwirklichung seines alten Planes, der Rekonstruktion des Kabinetts auf breiter Grundlage unter Beteiligung aller Parteien, die Sozialdemokraten inbegriffen, bemühen. Das Vorhaben des Bundeskanzlers wird augenblicklich ziemlich günstig beurteilt.

Laval nach Amerika unterwegs.

Paris, 16. Oktober. Der Dampfer „Al de France“ hat mit Ministerpräsident Laval und der französischen Delegation an Bord, wie vorgegeben, um 12 Uhr 30 Minuten französischer Zeit die Anker gelichtet.

Von nationalsozialistischen Abbotaten.

Der Prozeß gegen den Kommerzienrat Sattler von Lindenberg, der die Spargelder eines ganzen Bezirks in der verbrecherischen Weise vergeudet hat, ist zu Ende. Dieser Sattler ist der Top des Parasiten. Sein Haushalt verbrauchte jährlich 60.000 Mark, die Quelle seines Einkommens waren Betrug und Fälschung. Der Herr Kommerzienrat verachtete alle Schuld auf seinen jungen Profuristen abzuschieben, der nur Volksschulbildung hatte. Der Ehrenmann hat, als seine Fälschungen entdeckt wurden, dem jungen Profuristen einen Revolver in die Hand gedrückt, damit er sich umbringen solle. Der Herr Kommerzienrat hätte dann die Schuld auf den Angestellten abgewälzt.

Der Herr Kommerzienrat hat sich einen Anwalt aus den Reihen seiner Gefinnungsfreunde gesucht, den bekannten nationalsozialistischen Rechtsanwalt Dr. Holl. Der nationalsozialistische Anwalt hat ebenso wie der schuldige Kommerzienrat den Versuch unternommen, die Schuld auf den angestellten Profuristen zu wälzen, um so seinen Mandanten zu entlasten. Pathetisch rief er am Schluß seines Plädoyers aus: Schon ein Tag Justizhaus käme für den Kommerzienrat einem Todesurteil gleich, für den Angestellten dagegen wäre das Gefängnis eine Erholung, weil es doch besser sei, als am Ende im Ausland Kohlenkipper zu sein!

Die ganze soziale Gefinnung der Leute vom Holentz hat hier einen würdigen Ausdruck gefunden. Die Denkungsart des nationalsozialistischen Rechtsanwalts läßt sich nicht besser ausdrücken als durch diesen Vergleich: Für den Herrn Kommerzienrat ist ein Tag Justizhaus ein Todesurteil, für den Angestellten aber ist das Gefängnis eine Erholung! Dem Kommerzienrat volle Freiheit für schamloseten Betrug an Sporer und kleinen Leuten, für den Angestellten aber das Gefängnis.

Nach dieser Selbstenttüllung verzicht man, warum die Nationalsozialisten ganz Deutschland in ein Gefängnis verwandeln wollen. Damit nämlich ihre Bundesgenossen aus Großfinanz und Großindustrie ungehemmt und ungestraft weiter betätigen können. Man verzicht auch, aus welchem Ethos nationalsozialistische Rechtsanwältel handeln!

Krieg besser als Sozialversicherung.

In der Zeitschrift der verächtlichsten Nationalisten, dem „Widerstand“, schreibt ein gewisser Friedrich Georg Jünger:

„Der Sozialismus ist die Folge eines Verarmungsprozesses, er ist dessen Ausdruck. Je mehr Armut, desto mehr Sozialismus. Die Post davon ist, daß der Staat, das heißt seine Wohlfahrts-einrichtung, die heute seinen Namen trägt, einen Stand verhungertes Rentenspendanten und Jüngerberechtigter zählet, ein Typus von Zwergenhäutern und Schrebergartenmenschen. Er besticht die Massen durch Alimenter, er bedrängtigt ihre Gut durch Trinkgelder, er kauft ihn ihre Erndung pennigweise ab. Welch ein Schauspiel bieten diese Millionen Männer, denen alles Wohl der Erde keine Arbeit verschafft, die den Hinterrag der Rot und der Keinen Rote in seiner ganzen Dauerhaftigkeit kosten, diese Armer ohne Waffen, die nicht um Meere und Länder, sondern um ein Brot und ein Brud kämpft. Die Zeit belehrt sie darüber, daß der Krieg besser ist als die beste Sozialversicherung, daß Männer, die darauf verzichten, Waffen zu führen, zur allerdürftigsten Existenz gezwungen werden und sich nicht beklagen dürfen, wenn man sie mit Jüngerritten in den Hintern regelt.“

Das ist heftliche Musik in den Ohren der Sozialreaktionäre. Es ist freilich billiger, die Erwerbslosen einfach erschiesen zu lassen, als ihnen Unterstützung zu zahlen. Hier wird die wahre Zweckbestimmung des Krieges, wie ihn die deutschen Nationalisten wünschen, aufgezogen. Er soll das deutsche Unternehmertum von den Kosten befreien, die es für die Massen der Erwerbslosen zahlen muß, die dank der Unfähigkeit und der Verbrechen der sogenannten Wirtschaftsführer auf der Straße liegen.

Neuerliche Arbeiterentlassungen in Brüx.

Die Firma Stahlindustrie A.G. in Brüx hat gestern achtzig Arbeiter entlassen. Die Sicherheit wurde damit vollkommen stillgelegt, da die Firma keinerlei Aufträge mehr hat. Wie aus verlässlicher Quelle mitgeteilt wird, plant die Betriebsleitung auch die Holzerei stillzulegen, da sie nurmehr für wenige Tage Aufträge besitzt, so daß weitere hiezig bis achtzig Mann arbeitslos würden. Der gesamte Betrieb zählte in Zeiten der guten Konjunktur über 250 Arbeiter, nun sind nurmehr 140 beschäftigt. Da dieser Betrieb nahezu hundertprozentig organisiert ist, werden die Entlassenen Unterstützung nach dem Center System erhalten.

Die Bischofsernennungen vollzogen.

Rom, 16. Oktober. Der Papst bestätigte heute die Ernennungen des Prager Erzbischofs und der Bischöfe von Königsgrätz, Leitmeritz und Brünn. Zum Erzbischof in Prag wurde der bisherige Königsgräzer Bischof Mgro. Dr. Karl Kaspar, zum Bischof in Leitmeritz A. Wecker, zum Bischof in Brünn Mgro. Dr. Josef Huber und zum Bischof in Königsgrätz Mgro. Dr. Roriz Picha ernannt.

Tagesneuigkeiten

Eine tolle Geschichte aus dem Eisenbahnministerium.

Das Eisenbahnministerium hat, wie wir aus verlässlicher Quelle erfahren, an die ihm unterstellten Staatsbahndirektionen einen Erlaß herausgegeben, demzufolge es diesen unterzagt wird, künftig Jügendhölzer, die den die Heizung der Deseu in den Amtsräumen bedingenden Dienern bisher von amtsmäßigen ausgefolgt wurden, in Rechnung zu stellen. Der Erlaß ordnet an, daß es künftig Sache der die Feuerung besorgenden Personen ist, die erforderlichen Jügendhölzer selbst beizustellen.

Bedenkt man, daß die Diener der Staatsbahndirektionen täglich zehn und mehr Deseu zu versorgen haben, so ergeben die erforderlichen Jügendhölzer pro Monat eine immerhin fühlbare Gelbtausgabe, die die betreffenden Diener noch dazu aus ihrem ohnehin geringen Tagelohn zu bestreiten haben. Und zwar für eine Sache, die des Staates ist. Was bedeutet das, daß sich der Staat von seinem Bediensteten etwas bezahlen läßt, was zu bezahlen ihm selbst obliegt. Um den genug schlecht bezahlten Dienerinnen und Dienern diese neue, wenn auch kleine, aber grundtätlich ungerechte Belastung zu ersparen, haben sich die Beamten einzelner Staatsbahndirektionen zur Selbsthilfe entschlossen und bringen durch Sammlungen untereinander das erforderliche Jügendholz-Geld auf, damit der Staat als nobler Brotgeber dieser drückenden Gelbtausgabe entgeht.

Große und oft überflüssige Gelbtausgaben werden mit einem Federstrich genehmigt, bei kleinen aber spielt man den Sparfamen und überwälzt sie einfach auf das schlecht bezahlte Personal. Keineswegs aber spricht dieser Eisenbahnministerialerlaß zugunsten der Eisenbahn als einem Geschäftsunternehmen, das nach kaufmännischen Grundsätzen geleitet werden soll. Denn um diesen neuesten, wenig rühmlichen Erlaß zu verfaßten, mußten neuer bezahlte Beamte des Präsidialbüros des Eisenbahnministeriums ihre kostbare Zeit darantenden und ein Sektionschef gehörte dazu, ihm durch eigene Fertigung das nötige Ansehen zu geben. Wahrscheinlich hat die Verfassung dieses Erlasses dem Staate mehr gekostet als die Bezahlung der Jügendholzgelber für eine ganze Winterfaison gekostet hätte. Man ist versucht an einen Scherz zu glauben. Aber der inkriminierte Erlaß ist leider kein erheitender Scherz, sondern unangenehm, trauriger Ernst.

Gämige Polizei, belastete Gendarmerie

Budapest, 15. Oktober. (N.Z.) In Angelegenheit des Via Torbagger Eisenbahntentatives war die heutige Tätigkeit der Budapester Polizei hauptsächlich darauf gerichtet, das Vorleben Matuschka's aufzuklären. Die von der Budapest Stadthauptmannschaft mit den Erhebungen betrauten Organe haben heute festgestellt, daß Matuschka sich am 30. Jänner in Budapest aufgehalten hatte, so daß er keinen Anteil an dem Ansbacher Attentat haben konnte, das er auf sich zu nehmen bereit ist, anscheinend deshalb, damit er nach dem österreichischen Gesetz abgeurteilt wird. Des weiteren hat die Stadthauptmannschaft festgestellt, daß Matuschka im Jahre 1918 im Honved-Regiment Nr. 6 eine Bewegung, die als Revolte anzusehen sei, inszeniert hatte und nur unter den damaligen rebo-

lutionären Verhältnissen den Konsequenzen entgehen konnte. Ferner wurde festgestellt, daß Matuschka in den Jahren 1924 und 1925 auf mysteriöse Weise zu sehr ansehnlichen Beträgen gekommen war und einem Freunde gegenüber erklärt hatte, er sei gezwungen, aus Ungarn zu flüchten, und daß er sein Vermögen im Auslande unterbringen werde.

Wien, 16. Oktober. Der Wiener „Tag“ veröffentlicht mit scharfer Polemik gegen die Wiener Polizei eine längere Darstellung, wonach Frau Förgo-Jung, Besitzerin eines niederösterreichischen Weinbrüdes, den Matuschka von ihr kaufte, am 22. September an die Gendarmerie eine Anzeige erstattete, daß Matuschka ihr wegen der Ersatzverläufe dringend verdächtig erschien, mit den Eisenbahnanschlägen im Zusammenhang zu stehen. Die Polizei wäre diesen Verdachtsmomenten nicht sofort nachgegangen, sondern erst am 9. Oktober nach der Verhaftung Matuschka's auf ungarische Veranlassung darauf zurückgekommen. Frau Förgo-Jung hat bereits ihren Anspruch auf die Ergreiferprämien seitens der deutschen, der ungarischen und der österreichischen Bahn im Gesamtbetrag von 230.000 Schilling angemeldet.

Polizeivizepräsident Dr. Brandl erklärt in der „Wiener Mittagszeitung“, die Wiener Polizei habe von der Anzeige der Frau Förgo-Jung vom 22. September gegen Matuschka erst am 9. Oktober Kenntnis erbolten, als Matuschka bereits verhaftet war und die Kriminalbeamten in den Weinbrüden, wo die Sprengstoffe aufbewahrt waren, bereits Nachforschungen anstellen. Damit wird der Gendarmerieinspektor, der die Anzeige der Frau Förgo-Jung entgegennahm, schwer belastet; und es ist gegen ihn bereits die Untersuchung eingeleitet worden, um aufzudecken, warum er die Anzeige über zwei Wochen liegen gelassen hatte, statt sie weiterzuleiten.

Täglich zwei Morde.

Albana (Staat New York), 16. Oktober. (Reuter.) In den ersten acht Monaten des heutigen Jahres fielen im Staate New York insgesamt 594 Personen Norden und anderen Gewalttaten zum Opfer.

Hebung der Klassenlotterien

80.000 K:	78.194.
70.000 K:	20.658.
50.000 K:	89.101.
10.000 K:	46.787, 71.167, 82.024.
5000 K:	7822, 14.157, 18.607, 23.066, 33.259,
30.618, 40.670, 44.375, 50.513, 57.384, 60.284, 67.755,	
73.518, 82.789, 90.886, 97.867.	
2000 K:	2710, 6763, 7382, 8079, 9418, 16.743,
20.357, 20.831, 22.128, 24.175, 25.489, 25.848, 28.219,	
30.380, 33.048, 24.387, 36.166, 37.988, 38.008, 38.285,	
40.189, 41.222, 43.887, 48.813, 49.083, 52.758, 52.867,	
53.044, 53.345, 59.082, 59.900, 63.719, 64.131, 67.829,	
68.483, 70.082, 70.834, 73.986, 74.327, 75.802, 76.435,	
78.301, 79.738, 81.726, 84.239, 84.482, 84.530, 84.734,	
86.668, 91.663, 92.889, 95.452, 96.623.	
1200 K:	372, 457, 1577, 1888, 2960, 2788, 4725,
6117, 6467, 6552, 6975, 7820, 8868, 9047, 11.326,	
11.811, 13.529, 14.198, 14.296, 15.830, 16.044, 16.809,	
18.012, 18.845, 20.807, 20.961, 22.243, 23.610, 23.826,	
24.162, 24.599, 25.210, 27.027, 27.178, 27.943, 29.426,	
31.120, 32.407, 33.081, 33.175, 33.322, 33.323, 33.618,	
34.069, 34.606, 34.886, 35.649, 37.452, 38.454, 39.061,	
40.785, 41.004, 41.098, 41.308, 41.607, 42.882, 43.624,	
44.347, 45.514, 46.851, 48.488, 49.553, 51.254, 52.012,	
52.482, 52.911, 53.253, 53.564, 55.805, 55.930, 56.867,	
57.201, 57.604, 57.880, 59.440, 60.340, 60.715, 61.546,	
61.952, 62.272, 62.570, 64.057, 64.194, 65.107, 65.854,	
66.949, 67.188, 67.813, 67.816, 70.306, 70.696, 72.191,	
73.739, 74.230, 75.451, 75.473, 76.130, 76.210, 76.622,	
76.881, 77.169, 77.776, 78.829, 78.904, 79.555, 79.548,	
80.508, 81.702, 82.471, 82.806, 83.191, 83.243, 83.574,	
83.629, 84.102, 85.917, 85.980, 87.201, 87.775, 89.254,	
90.280, 91.484, 93.205, 93.819, 93.967, 95.983, 96.103,	
96.884, 97.490, 97.683, 97.684, 98.614, 99.109.	

Vor dem Gesetz sind alle gleich.

Zeit dem Beginn der bürgerlichen Revolutionen in England, Amerika und Frankreich ist geduldig Papier hundertmal mit der Proklamator der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz bedruckt worden. Alle konstitutionellen Staaten, alle Republiken haben in ihren Verfassungen den Willen kundgegeben, die Gleichheit aller Staatsbürger als einen der vornehmsten Grundsätze gelten zu lassen. Aber seit der Grundgesetz besteht und verberichtet wird, besteht auch die Problematik, die Anatole France in den Sarkasmus gefaßt hat, daß es im demokratischen Staat eben jedem Staatsbürger, dem Fabrikanten wie dem Arbeitslosen, verwehrt sei, unter einer Pecke zu schlafen. Aber nicht nur die soziale Ungleichheit an sich, auch ihre Auswirkungen auf die Praxis von Behörden und Gerichten strafen den scheinheiligen Grundgesetz tagtäglich Lügen. Wer Geld hat, kann sich mit den Obrigkeiten immer irgendwie richten, der arme Teufel aber hat ein doppelt Maß von Untertanenlast zu tragen; er ist nicht nur mindern Rechts, weil er sich nicht richten kann; auf sein Haupt entlastet der von oben gedemütigte Wächter und Würdenträger vom Subalternformal auch allen Groll, gegen ihn tobt er seine Rinderwertigkeitskomplexe aus. In Nord und Süd wird das Ideal der Gleichheit täglich an zahlreichem Klippen zerschanden. Zwei aktuelle Beispiele seien herausgegriffen.

In Lübeck wird gegenwärtig der Prozeß gegen die Ärzte abgeführt, die für den Tod von nahezu 100 Säuglingen verantwortlich sind. Mit schuldigen Gutachten wird um Schuld oder Unschuld der angeklagten Ärzte gestritten. Wie immer aber der Fall liegen mag, ob die Ärzte

ein Mittel eingeführt haben, das an sich nicht einwandfrei, nicht erprobt genug war, oder ob sie aus Fahrlässigkeit einen giftigen Tuberkelstamm statt eines entgifteten verwendet, ob sie geimpft statt gefüttert, Eier statt Kartoffeln als Nährboden der Ambozillen verwendet haben — die Kinder starben jedenfalls zu Tausenden dahin. Wessen Kinder? Die Kinder armer Leute, die Kinder von Proleten, die von der Wissenschaft mit Vorliebe als Versuchskaninchen mißbraucht werden. Wiederholt hat in Wort und Schrift der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Genosse Dr. Moses gegen den Mißbrauch der Proletarierkinder für Forschungszwecke Stellung genommen — so insbesondere, als ein Arzt gelegentlich ganz unumwunden erklärte, die Arbeiterkinder seien froh, die Kinder für ein paar Monate aus dem Hause und kostenlos verpflegt zu haben, man brauche sich also nach Versuchsmaterial nicht lang umschauen. Die Not, die soziale Ungleichheit bringt es doch immer wieder mit sich, daß eben nur die Armen die Versuchssubjekte werden, daß die Armen die Vertümler der Medizin wie die Härte der Gesetze büßen müssen. Als man in Lübeck von der tödlichen Wirkung der Calmette-Kuren bereits Kenntnis hatte, da haben die Ärzte die weitere Verfütterung des Giftes nicht im schnellsten Wege eingestellt, sie haben ruhig abgewartet, bis alle ausgegebenen Dosen verfrachtet, das eventuelle Corpus delicti vernichtet und der Weg zu billigen Ausreden freigegeben war. Tausende Kinder wären vielleicht zu retten gewesen, aber das Interesse der Ärzte war schwerer, was kam es auf ein paar Dugend Kinder an, da es doch nur Proletarierkinder waren? Sterben sie nicht an den Calmette-Kuren, so hätten sie ja doch nur zum geringsten Teil ein sorgenfreies Leben

Töblicher Unfall in Zinnwald.

Ein Unfall, der ein Todesopfer erforderte und die schwere Verletzung einer zweiten Person zur Folge hatte, trug sich gestern gegen dreiviertel zehn Uhr in Zinnwald zu. Bei der sogenannten „Ausspanne“ wird gegenwärtig ein Hotel, das dem Herrn Stefan aus Zinnwald gehört, gebaut. Das Gebäude ist so weit fertiggestellt, daß vor einigen Tagen mit den Dachdeckerarbeiten begonnen werden konnte. Als gestern früh die Dachdeckerarbeiten wieder aufgenommen wurden, verwendeten die Dachdecker, um sich gegen Absturz zu sichern, einen Strich, an dem sie sich festhielten. Um die bereits erwähnte Zeit röh aber plötzlich der Strich, der wie die Untersuchung ergab, bereits sehr schlecht war, und drei Personen und zwar der Dachdeckermeister Wilhelm Hedrich aus Eichwald und die Arbeiter Heinrich Lehnerz und Ferdinand Hanke aus Zinnwald stürzten ab. Während durch einen glücklichen Zufall Hanke noch das Seil des Blechleiters erfassen und sich daran festhalten konnte, fielen Hedrich und Lehnerz von dem etwa vierzehn Meter hohen Gebäude zur Erde, wo sie beide in sehr schwer verletztem Zustande liegen blieben. Hedrich ist kurz darauf an den Folgen seiner Verletzungen verstorben, während Lehnerz nach erster Hilfeleistung durch Herrn Dr. Böhm aus Zinnwald in das Teplitzer Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Töblicher Unfall eines Eisenbahnbeamten.

Aus Eger wird gemeldet: In der Station Josefshütte ereignete sich Donnerstag nacht ein tödlicher Unfall. Als um 21 Uhr 52 Minuten der Schnellzug Prag-Eger Nr. 45 fällig war, überstürzt der Verkehrsbeamte Karl Santkuzel, der in Josefshütte als Substitut den Dienst versah, das Geleise und überließ dabei in der Finsternis, daß von dem im Verborgenen begriffenen Lokzug Nr. 1390 ein beladener Waggon abrollte. Dem Beamten wurden beide Beine vom Leibe abgetrennt. Er starb infolge Blutverlustes kurze Zeit darauf.

Dritte Südamerikafahrt des Zeppelin.

Der Start des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ von Friedrichshafen zu seiner dritten Südamerikafahrt wird für Samstag nachts 1 Uhr angezeit. Das Luftschiff wird voraussichtlich die gleiche Route einhalten, wie bei seinen früheren Fahrten nach Pernambuco.

Eine sensationelle Klage kommt jetzt vor dem Hamburger Amtsgericht zum Austrag.

Der Ozeanflieger Johannes hat gegen seinen Fluggesährten Roby einen Arrest über 5000 RM erwirkt, gegen den Roby jetzt Einspruch erhoben hat. Die Auseinandersetzungen zwischen den Ozeanfliegern begannen sofort nach ihrer glücklichen Rettung aus schwerster Seenot nach sechsstägigem Umhertreiben auf dem Ozean. Johannes verlangte von Roby die Zahlung seiner Löhnung als Flugkapitän in der Höhe von 5000 RM, was Roby ablehnte. Einen Tag vor der Rückkehr nach Hamburg beantragte Johannes radiotelegraphisch von Bord des Dampfers in Hamburg einen Arrest in der Höhe von 5000 RM gegen Roby. Dem Arrestantrag wurde stattgegeben und Roby, der im Besitz von 1200 Dollar war, wurde gepfändet. Zu dem heutigen Termin vor dem Hamburger Amtsgericht waren die Parteien nicht erschienen, sondern bloß durch ihre Anwälte vertreten. Das Gericht verurteilte die Verhandlung auf Montag.

Raub an offener Straße. Gestern gegen 15 Uhr wurde an der Ecke Elisabethstraße-Angustaplatz in Stettin ein Kassenbote des Finanzamts auf dem Wege zur Reichsbank von drei Männern, die aus einem Auto heraussprangen, überfallen, niedergeschlagen und seiner Kassetasche mit 23.635 RM Inhalt beraubt. Trotzdem Passanten sofort die Verfolgung aufnahmen und inzwischen auch das Ueberfallkommando erschienen

gehabt. Früher oder später fallen sie an der Maschine, im Bergwerk, als die Opfer schlechter Wohnungen, der Arbeitslosigkeit oder auf dem Schlachtfeld, auf dem auch der Offizier zuerst kommt und der Gemeine an seinem Bauchhieb draufgehen kann, wenn der Arzt inzwischen einem Leutnant den Finger verbinden muß. Waren in Lübeck nur drei oder vier Kinder von Besitzenden das Opfer der Calmette-Kurze geworden: das Gesetz würde anders gehandhabt, der Leichnam der Kurze würde anders gerügt, der Mord hätte ein anderes Echo gefunden!

Den ungarischen Gerichten ist mit der Entdeckung des Eisenbahntentatives ein schöner Traum zerstört worden. Einen Kommunisten, einen notigen Proleten, wollten sie fangen und zum grausigen Exempel an den Galgen knüpfen, zur Warnung, beileibe nicht für die Sprengstoff-Attentäter, sondern für alle, die mit dem gorigewollten Regime der magyarischen Grafen nicht einverstanden sind. Nun haben sie statt des Kommunisten einen Klerikalen erwischt, einen Mann, der Offizier war, der als Mitglied der Dejasbanden an den Regien des weißen Terrors teilgenommen und sich an dem geraubten Gut der Opfer des magyarischen Patriotismus bereichert hat. Seit man weiß, wer Matuschka ist, wo er morden gelernt, wo er sein Vermögen erworben hat, ist der Ruf nach dem Schnellrichter verstummt. Die ungarische Justiz wird den Massenmörder von Biharbagy aller Wahrscheinlichkeit nach hängen. Aber Spah macht ihr das nun nicht mehr. Spah hätte ihr das Hängen nur gemacht, wenn es ein Sozialist oder Kommunist gewesen wäre!

Und daß es wirklich der Raab nicht anders zugeht, im Reiche Schobers die Gleichheit vor dem Gesetz nicht anders aussteht als

im Reiche Staroldis, das beweist die Entschuldigung, mit der sich der österreichische Gendarm verantwortet, der den Matuschka vor Wochen entwischen ließ. Eine Frau hatte unter Hinweis auf sehr deutliche Verdachtsgründe gegen den „Fabrikanten“ Matuschka die Anzeige erstattet, Briefe des Mannes vorgelegt, den sie für den Attentäter hielt. Die Gendarmerie aber gab die Anzeige nicht weiter (und hätte sie es getan, so wäre sie wohl bei der unfähigen Wiener Polizei liegen geblieben, für die Matuschka's Klerikalismus ohne Zweifel ein ausreichendes Alibi bedeutet hätte). Der Gendarm entschuldigt sich damit, daß er einen Verweis, wenn nicht eine Strafe fürchtete, falls er die Anzeige gegen einen „Fabrikanten“ weiterleitete. Der Mann kennt die Ordnung, der er dient, er weiß wahrhaftig besser, als es der Bundespräsident wissen dürfte, welchen Wert die Verfassung hat und was die Gleichheit vor dem Gesetze bedeutet. Er weiß, daß Gesetze nicht dazu da sind, die Verbrecher zu strafen, die eine allgemeingültige Norm verletzen, sondern daß die Fallstricke für diejenigen sein sollen, die mit einer Ordnung unzufrieden sind, in der die Gleichheit kaum das Papier wert ist, das zu ihrer Verfündigung vertan wird!

Der Gendarm aus dem Wienerwald ist ein kluger Mann; er hat zweifellos auf dem Wiener Burgtor einmal den Spruch gelesen: „Iustitia regnorum fundamentum“ und sich ihn überlegen lassen: „Gerechtigkeit, die Grundlage der Staaten“, aber er hat wohl auch gehört, was die Untertanen des guten Kaisers Franz zur Zeit, als man noch auf den Pasteten und über das Tor spazierte, zu dem schönen Wohlstand sagten: Unten fährt man durch und oben geht man drüber weg... Fr.

Vom Rundfunk

Empfehlenswerte aus den Programmen.

Samstag: 9.00 Gesellige Musik. 11.00 Orchesterkonzert. 12.05 Militärmusik. 13.00 Deutsche Sendung: „Bastien und Bastienne“, Oper von Mozart. 19.00 Blasmusik. 21.30 Unterhaltungskonzert. — **Wien:** 17.30 Schallplatten. 18.00 Deutsche Sendung: Vorking-Feier. 20.55 Jahreszeiten in der Musik. — **Freiburg:** 10.15 Schallplatten. 16.00 Orchesterkonzert. — **Berlin:** 11.00 Italienischelieder. — **Breslau:** 20.45 „Der Verschwenker“, Hörspiel nach Kaimund. — **Hamburg:** 13.05 Berühmte Tenöre. — **Königsberg:** 11.15 Klassische Dialoge. 19.00 Sehr schöne Schallplatten. — **Wien:** 15.00 Wiener Romel. 18.35 Italienische Kammermusik. 21.45 Tanzmusik. — **Wien:** 19.30 Konzert.

war, konnten zwei Täter entkommen, während der dritte, ein 27 Jahre alter Landwirt namens Fritz Korsten, festgenommen wurde. Auch der geraubte Gelbbetrag konnte vollständig wieder herbeigeschafft werden.

Unruher Kampf bei einer Plünderung in Berlin.

In ein Berliner Bußergeschäft drangen gestern vormittag sechs Personen ein und entwendeten eine größere Menge von Lebensmitteln. In dem Augenblick, als die Banditen aus dem Geschäft herauskamen, fuhr zufällig ein Dienstwagen mit einem Beamten des Raubdezernats vorbei, der das Auto halten ließ und einen der Täter ergriff, um ihn in das Auto zu ziehen. Das war das Signal für etwa 30 bis 40 junge Burschen, die auf der Straße standen, sich auf den Kriminalbeamten und den Chauffeur zu stürzen. Sie befreiten den Festgenommenen und brachten dem Beamten mehrere Reiserstücke am Auge und im Gesicht bei. Dem Chauffeur des Autos wurde die Hand verschüttet. Den Tätern gelang es dann, zu entkommen.

Verteuerung der österreichischen Zigaretten.

Der Hauptauschusses des österreichischen Nationalrats hat die Erhöhung gewisser Tabakpreise genehmigt. Darnach werden die bisher von der Verteuerung ausgenommenen Zigarettenforten um 1 bis 2 Geschehen pro Stück erhöht. Die Verteuerung tritt am 26. Oktober in Kraft.

Die Frau mit Benzin übergossen und angezündet.

In der kleinen Gemeinde Ebel bei Rottler (Währen) geriet Freitag der Landwirt über Krefel mit seiner Frau Marie in einen Streit, weil Krefel von einem ihm anvertrauten Einlagebuch einen größeren Betrag behoben und das Geld durchgebracht hatte, weshalb ihm seine Frau mit der Anzeige drohte. Im Laufe der Auseinandersetzung ergriff Krefel eine große Flasche mit Benzin, begoß damit die Kleider seiner Frau und zündete sie an. Auf die Hilferufe der Frau eilten einige beherzte Männer herbei, die der Unglücklichen die brennenden Kleider vom Beibe rissen, ihr die erste Pflege angedeihen und sie sofort ins Krankenhaus nach Prosejow überführen ließen, wo jedoch festgestellt wurde, daß jede Hilfe vergeblich ist. Die Frau kämpft mit dem Tode. Die Untersuchung des Vorfalles ist noch im Gange.

Autobus-Propagandafahrt der Naturfreunde nach Döblich.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ veranstaltet am 28. Oktober bei genügender Beteiligung eine Propagandafahrt nach Döblich in Sachen zum Besuche des Naturfreundehauses. In nächster Nähe befindet sich die Dippoldswalder Talsperre, die sehr stark angefüllt wird. Das Schauhöhen liegt in 600 m. S. gegenüber der Naturfreundehäuser des Gau's Sachsen. Die Kosten für die Hin- und Rückfahrt betragen 25 K. Bässe erforderlich, ansonsten ist Grenz-Verkehrsmittel selbst zu lösen, Auslagen ca. 3 K. Bei der Anmeldung sind die Unkosten gleich zu erlegen. Anmeldung bis zum 25. Oktober in der Geschäftsstelle des Touristenvereines „Die Naturfreunde“, Ruffe, Marktplatz 11.

PRAGER ZEITUNG.

Aus der Geschäftspraxis des Montagblattes.

Vor dem Prager Gewerbegericht fand heute eine Tagung über eine Klage statt, die ein Inseratenvertreter gegen den Eigentümer und Herausgeber des „Montagsblatt“, Herrn Egon Fischer, eingebracht hat. Es handelt sich in diesem Falle um den Betrag von K 500, der für den Inseratenvertreter ein Vermögen darstellt, das er zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes braucht, für das „Montagsblatt“ eine Summe, die bei der bekannt großzügigen Geschäftsgebarung kaum in die Waagschale fällt. Aber der Gehalt und die Solidität der Firma Fischer u. Co., kennt keine Grenzen; sie sind immer für Recht und Gerechtigkeit und nur solchen Ermöglichtungen dürfte der vornehme Einwand des Herrn Egon Fischer entsprechen, daß nämlich weder er, noch das „Montagsblatt“ gelagert werden können, da sie mit dem Kläger nichts zu tun hätten. Demgegenüber muß der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, daß das „Montagsblatt“ viele Aufträge, die durch den jetzigen Kläger vermittelt wurden, den Inseratenkunden mit Verfügung auf den Abschluß durch den Kläger bestätigt hat; welche Konsequenzen allerdings die Geschäftsgebarung des „Prager Montagblatt“ aus dieser Tatsache, von deren Richtigkeit wir uns durch Einsichtnahme in die Organisationsbestimmungen durch oben erwähnte Urkunde und an den Daten herbeigezogene Einwendung sehr treffend beleuchtet. Einem Angestellten, der teilweise mit Erfolg gearbeitet hat, einzumenden, daß kein Vertragsverhältnis zum Blatt oder dessen Eigentümer vorliegt, ist mehr als unfair, besonders wo es sich um nicht ganz 500 K als Forderung gegen einen Billenbesitzer handelt, und kann überhaupt nicht nachdrücklich genug angeprangert werden. Selbstverständlich hat Herr Egon Fischer nicht verabsäumt, beim Gewerbegericht weiter einzutenden, daß der Inseratenagent in keinem dauernden Dienstverhältnis zum „Montagsblatt“ stehe, so daß daher das Gericht unzulässig sei. Leider ist diese Einwendung auf Grund der noch bestehenden Gewerbegerichtsverfahren begründet; das Bestreben des Arbeitgebers, den Angestellten um jeden Preis von dem rasch arbeitenden und ohne Kunstgriffe der Advoakaten tätigen Gewerbegericht fernzuhalten, sieht ethisch auf einer Linie mit den Methoden einer „Geschäftstüchtigkeit“, die mit Bezugnahme auf das „Prager Montagblatt“ von uns schon der Öffentlichkeit in richtiger Darstellung bekanntgegeben wurde. In gegenständlichem Falle handelt es sich um Provisionen, die das „Montagsblatt“ nicht auszahlen will, obwohl die Inserate bereits zum großen Teil erschienen sind, obwohl es sich um einwandfreie Firmen handelt, die zahlungsfähig sind, obwohl die Inseratenabschlüsse durch die ausdauernde Anstrengung des Klägers zustande gekommen sind. Das Gewerbegericht mußte den Kläger auf Grund der fairen Einwendungen des Beklagten vor das zuständige Bezirksgericht verweisen. Dort wird sich zeigen, ob der Inhaber des „Montagsblatt“ seine kühnen Einwendungen zu wiederholen wagen wird.

Für Funktionäre der Selbstverwaltung. Staatsunterstützung nach dem Bauförderungsgesetz.

Frage: Welche Bauten genießen eine Staatsunterstützung nach dem Bauförderungsgesetz? Worin besteht diese Unterstützung und wer hat darauf Anspruch? (Kein Rechtspruch.)
Antwort: Die staatliche Unterstützung für Wohnungsbauten besteht in einer staatlichen Bürgschaft für eine zweite Hypothek oder einen Betrag zu der Annuität (Zinsen und Rückzahlungsquote) des Baudarlehens in erster und zweiter Sockpost bis 25 Prozent jährlich, vorläufig auf die Dauer von 10 Jahren. Ob dieser Beitrag oder nur die staatliche Unterstützung in Frage kommt, richtet sich darnach, ob es sich um ein Eigenhaus, Miethaus, Klein- oder Kleinstwohnungsbaus, Genesungsheim oder Ledigenheim handelt.

Privatpersonen dürfen nur Eigenhäuser bauen und haben bei einem Kleinst- oder Kleinstwohnungsbaus Anspruch auf staatliche Bürgschaft für ein zweitrangiges Darlehen im Ausmaße von 40 Prozent der Gesamtkosten des Baues. Das Darlehen in erster Sockpost darf in beiden Fällen nicht mehr als 35 Prozent betragen, so daß 25 Prozent Eigenmittel vorhanden sein müssen. Handelt es sich um ein Kleinstwohnungsbaus, so kann auch der Staatsbeitrag bis 25 Prozent zu der Annuität bewilligt werden.

Gemeinnützige Baugenossenschaften können alle Bautypen bauen, die das Bauförderungsgesetz vorsieht, also Eigenhäuser und Miethäuser mit Kleinst- und Kleinstwohnungen, Genesungsheime, Ledigenheime und Logierhäuser.

Bei Eigenhäusern gewährt der Staat Bürgschaft für ein Darlehen in zweiter Sockpost bis 40 Prozent des Bauaufwandes und den Beitrag bis 25 Prozent zu der Annuität. Handelt es sich um ein Miethaus mit Kleinstwohnungen, so gewährt der Staat die Bürgschaft für ein zweitrangiges Darlehen bis 40 Prozent des Bauaufwandes, handelt es sich um ein Miethaus mit Kleinstwohnungen, so verbürgt der Staat ein zweitrangiges Darlehen bis 50 Prozent und außerdem kann der Staatsbeitrag bis 25 Prozent zu den Annuitäten angesprochen werden. Handelt es sich um ein Ledigenheim oder Logierhaus, so besteht Anspruch auf staatliche Bürgschaft für ein zweitrangiges Baudarlehen bis 50 Prozent des Bauaufwandes und den Staatsbeitrag von 25 Prozent, handelt es sich um ein Genesungsheim, so gewährt der Staat nur Bürgschaft für ein Darlehen in zweiter Sockpost bis 40 Prozent des Bauaufwandes.

Inhaber land- und forstwirtschaftlicher Unternehmungen erhalten eine Staatsunterstützung nur für Miethäuser im gleichen Ausmaße und unter denselben Bedingungen wie die Baugenossenschaften.

Öffentliche Korporationen oder Anstalten erhalten eine Staatsunterstützung zum Baue von Eigenhäusern und Miethäusern in Form der Übernahme der staatlichen Bürgschaft für ein Darlehen in zweiter Sockpost bis 40 Prozent des Bauaufwandes ohne Beitrag zu den Annuitäten.

Gemeinden können alle im Gesetze vorgesehene Bautypen, mit Ausnahme der Ledigenheime und Logierhäuser, bauen und erhalten dieselben staatlichen Unterstützungen wie die Gemeinden und gemeinnützigen Baugenossenschaften.

Die Darlehen muß sich jeder Bauherr selbst beschaffen. (Bei der Zentralsozialversicherungsanstalt, Hypothekendarb., bei Sparkassen, Spar- und Vorkehrkassen usw.) Die Bauausführung muß den gesetzlichen Bestimmungen des Bauförderungsgesetzes (Gesetz Nr. 76—1927 in der Fassung des Gesetzes vom 10. April 1930, Sig. Nr. 45, Durchführungsvorordnung vom 28. Mai 1930, Sig. Nr. 66) entsprechen. — J.

Eine Wäscherin bei der Arbeit klappt. Am 15. ds. wurde die Wäscherin Therese Bed aus Schredenein von der elektrischen Maschine erfaßt und klappt. Sie wurde ins Krankenhaus überführt, hat aber bisher das Bewußtsein nicht erlangt, weshalb sie noch nicht entnommen werden konnte.

Tod einer Hundertjährigen. In Waldklesborn (Weißalen) verstarb im fast vollendeten 104. Lebensjahr „Cma Krümer“, die älteste Frau Westfalens, vielleicht sogar die älteste Einwohnerin Deutschlands. Vor einem Jahr erzählte die Verlebene im Westfälischen Rundfunk von ihrem Leben.

„Die Kirche brennt“. In der Metropolitan-Kirche zu Jassy (Rumänien) erfolgte während des Gottesdienstes infolge Kurzschluß plötzlich das Licht. Die Rufe „Die Kirche brennt!“ und „Reite ich, wer kann!“ ließen eine fürchterliche Panik entstehen; zahlreiche Kirchendeleger, besonders Frauen und Kinder, wurden von der Menge zu Boden getreten und zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Ein Adelstier. In der Zoologischen Gasse fragt der Besucher: „Was will ihr vom Storch?“ — „Das ist ein Märchen, Herr Lehrer.“

Strafgericht der Kirche. Von Paul Fürstenau.

Eigentlich muß man sich wundern, daß die Vorgänge um den Erzbischof Kardinal und den Runtius Ciriacci mit ihren Folgeerscheinungen so viel Staub aufwirbeln. Wir Leute des 20. Jahrhunderts sind ein wenig entöhnt, die katholische Kirche richtig zu betrachten; sie hat sich eine Zeitlang zurückhaltend benommen und mit den Mitteln gearbeitet, die ihr die demokratische Staatsform an die Hand gab: politische Parteien, Presse, diplomatische Intervention, so daß es leicht war, sie für eine anpassungsfähige Organisation zu halten, die in die Entwicklung des modernen Lebens natürlich hineinwuchs. Solcher Irrtum wird dann peinlich enttäuscht, wenn sich am praktischen Falle zeigt, daß die Kirche die Grundlage ihrer Organisation, die unbedingte Unterwerfung des Gläubigen unter ihren Rechtspruch und die Vorherrschaft der Kirche über den Staat, keineswegs aufgegeben hat.

Denn nichts anderes als solche Konsequenz ist ihr Verfahren gegen den kirchlichen Würdenträger, der andere Wege zu gehen versucht, als ihm von Rom vorgezeichnet wurden, und gegen jene Kirchenangehörigen, die sich eine Kritik dieses Verfahrens erlauben. Nichts in den ganzen Ereignissen widerspricht der Ueberlieferung der katholischen Kirche. Nicht die Tatsache, daß der Runtius, als Abgeandter des Papstes mit besonderer Vollmacht, im Konflikt mit dem Erzbischof obliegen muß, da er eben der Träger der unfehlbaren päpstlichen Entscheidung ist. Nicht der Umstand, daß die Kirche ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Verhältnisse des Volks die Errichtung oder Einrichtung von Prachtbauten zu ihrer Repräsentation für notwendig hält und durchführt. Nicht das strenge Gericht über die, welche sich eine Kritik an der Verfügungsgehalt der kirchlichen Obrigkeit anmaßen.

Mögen Lehrer des Kirchenrechts immerhin über diese oder jene Einzelheit der Formalitäten verschiedener Meinung sein, — das ändert nichts am Wesen der Sache; mögen gutgläubige Katholiken unsoziales Verhalten der kirchlichen Macht beklagen, mögen selbst die Sympathien der außerhalb Stuhenden dem greifen, in wohlmeinendem Tun so rauh gestörten Kirchenfürsten sich zuwenden, — das bleibt sentimentale Abschwächung gegenüber dem ehernen Grundgesetz der Kirche, das heißt: Macht der Kirche, Gehorsam der Gläubigen.

Ganz abwegig ist es, sich über einen Eingriff der Kirche in die Rechtssphäre des Staates zu beklagen, wenn ein vom Staate angestellter und bezahlter geistlicher Hochschullehrer wegen seiner Stellungnahme in der Streitfrage von der Kirche bestraft wird. Denn man muß sich darüber klar sein, daß die Kirche nach wie vor auf dem Standpunkt steht, den Augustin in seinem „De civitate dei“ aufgestellt hat: „Damit der Staat nicht irrtümlich, bedarf er in allen Dingen des christlichen Glaubens und der sicheren Führung der katholischen Kirche.“ Und Thomas von Aquin, dessen Lehren gerade von der katholischen Philosophie der letzten Jahrzehnte wieder aufgenommen wurden, erklärt, daß die Unterordnung des Staates unter die Oberhoheit des Papstes, als des Stellvertreters Christi auf Erden, göttliches Naturrecht sei. Solange ein Staat, welche Form immer er sonst haben möge, mit der katholischen Kirche als mit einer gleichgestellten Macht verhandelt und verkehrt, solange muß er damit rechnen, daß im gegebenen Augenblick dieser Grundsatz der Kirche jedem Staat, also auch ihm gegenüber, zur Geltung kommt.

In unserer Republik haben wir ein Beispiel dafür schon einmal erlebt, bei jener von den Staatsbehörden mitgefeyerten Gussfeier. Wie immer der Abschluß der nachfolgenden diplomatischen Verhandlungen genannt werden mag, Rudus vivendi oder sonstige, tatsächlich war das Ergebnis ein Rückzug des Staates, dessen Repräsentanten seither bei keiner Gussfeier mehr zu sehen waren. Da man es, den innerpolitischen Parteienverhältnissen entsprechend, auf einen Kulturkampf nicht ankommen lassen will, darf man auch nicht verwundert tun, wenn die Kirche ihre Macht konsequent ihren Grundsätzen gemäß verwendet.

Lebensnotwendigen Luxus der Runtiat, oder etwa den volkswirtschaftlich so wertvollen Ankaufungen von Kloster- und Ordensvermögen... Sollte in dieser Frage nicht doch das Beispiel Spaniens nachgeahmt werden?

Gerichtssaal Fortsetzung folgt!

Prag, 16. Oktober. Wieder einmal ein Todesopfer! Es ist ein durchaus „normaler“ Fall. Angeklagt ist die Hebamme Antonie Jelenka in Lieben. Wie gesagt, alles höchst „normal“. Der Eingriff durch Einführung eines Sammelglases, nach Ansicht der Sachverständigen „unsauber und unsachmännlich“ (wie stets!) Drei Wochen nach dem Eingriff Tod des Opfers unter fürchterlichen Qualen (wie stets!) Auf dem Totenbett nennt sie unter Klagen und Verwünschungen die Hebamme (wie stets!) Die Hebamme ist „völlig unschuldig“, denn die Tote nicht, weiß von nichts (wie stets!). Und die Richter stehen coslos vor dem Fall, der sich auf lächerlichen Indizien aufbaut, da die Kronzeugin längst jeder Vorladung trübsaler Gerichte entrückt ist (Wie stets!).

Man vertagt die Verhandlung, denn — und dies ist das Einzige, was dieser Fall Eigentümliches hat — die Angeklagte behauptet, daß noch eine andere Geburtsaffinität gleichen Namens existiere. Die Polizei sagt: Nein! Aber sie bietet den Beweis an, daß unlängst eine Tausche stattgefunden habe, wo diese andere Jelenka als Hebamme in den Tauffchein eingetragen wurde. Man wird also das zuständige Pfarramt fragen, zur höheren Ehre unseres Meldeamtes das katastrisch in Abrede stellt, daß es noch eine andere Hebamme dieses Namens in Prag gibt.

Mebrigens: die Angeklagte ist wegen gleichen Verbrechens bereits einmal verurteilt worden und bekam drei Monate Kerker — bedingt. Was sie nicht gebindert hat, den einträglichen Nebenberuf ruhig weiter zu betreiben. Und ob ihr diesmal nach Recht und Gebühr gemessen wird, ist sich keineswegs sagen. Ob sie, oder jene unbekannte Kollegin gleichen Namens — es spielt ja auch keine Rolle. Das Postum bleibt, daß wieder einmal eine, die nicht reich genug war, sich auf „legalem“ Wege helfen zu lassen, im Luxusanstatorium sich des unerwünschten Kindes zu entledigen, freilegt ist. Es mag ein Trost sein, daß es im Rahmen der „Moral“, der „Kultur“ und sämtlicher hoher Belange dieses Morastes bürgerlich-kapitalistischer Weltanschauung geschah. Fortsetzung folgt! —

Mitteilungen aus dem Substrum.

Das Rezept des Augenarztes kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas sachmännlich angepaßt wird. Lassen Sie Ihr Rezept bei Optiker Deutsch, Prag, Graben 2, Palais „Koruna“, ausführen.

Dachstuhlbrand. Solche Zeitungsnachrichten schließen gewöhnlich mit den Worten: „Die Ursache des Brandes ist unvorsichtiges Handeln mit offenem Licht.“ Allerdings ist bei Ventilation eines offenen Lichtes am Dachboden die größte Vorsicht nutzlos. In unserem „elektrischen“ Zeitalter ist es aber nicht notwendig, Had und Gut solchen Gefahren auszuweichen. Die elektrische Handlampe Polydor-Balaba ist so feuerfester, daß sie ruhig auch ins Stroh gelegt werden kann. 1931

Sport • Spiel • Körperpflege

Die Zentralkommission der sozialistischen Arbeiter- Sportorganisationen in der Tschechoslowakei.

Der Wunsch, Leibesübungen zu betreiben, wurde bekanntlich nach dem Umsturz in bemerkenswertem Maße auch in der Arbeiterschaft regt. Alle Arbeitersportverbände in der Tschechoslowakischen Republik tonnten ständig den Umfang ihrer Tätigkeit erweitern und wurden zahlenmäßig mächtiger. Es zeigte sich, daß es deshalb auch notwendig sei, den einzelnen Arbeitersportverbänden in ihrer Tätigkeit eine gemeinsame Plattform zu geben, die die Gewähr bietet, gemeinsame Ziele zu vollstem Erfolge zu führen. Dieses Streben für den gemeinsamen Fortschritt der Arbeitersportverbände aller Nationen führte dann auch zur Gründung der Zentralkommission der sozialistischen Arbeitersportorganisationen. Mitglieder wurden sofort alle jene Organisationen, die ihre Tätigkeit und ihren Sitz in der Tschechoslowakischen Republik haben. Die Zentralkommission nimmt heute nicht nur in der Arbeitersportbewegung einen bemerkenswerten Platz ein, sondern auch gleichfalls in der sozialistischen Arbeiterbewegung.

An der Spitze der der Zentralkommission angehörenden Organisationen steht der Verband der tschechoslowakischen Arbeiterturner (TSC) mit 137.000 Mitgliedern. Dann folgt der deutsche Arbeiter-Turn- und Sportverband mit dem Sitz in Aulzig, dem 55.000 Mitglieder angehören; weiter der deutsche Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerverband in Teplich mit 20.000 Mitgliedern und der Touristenverein „Die Kameraden“ (Sitz Aulzig) mit 10.000 Mitgliedern. Ferner gehören der Zen-

Menschlich, allzu menschlich ...

wäre es wahrscheinlich für die Kirche, wenn sie den hundert Prager Kirchen im Interesse der vielen Zehntausende Prager Arbeitslosen nicht noch auch die Hundertzwente hinzugefügt hätte, was übrigens schon vermerkt wurde. „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“ — mit Ausnahme des Herrn Kardinal — dieses Leitwort so vieler salbungsvoller Reden und Traktatchen wird richtig gewürdigt werden, wenn man die segensreiche Kirchenstätigkeit zur Linderung der größten Not erkennt: die hungernde Prager Menschheit hat jetzt in W r e s c h o w i k u m in den Weinbergen ein neues Haus, in dem sie Gott um seine Fürsorge bitten kann. Dreizehn Millionen Bauaufwand, mit dem Drum und Dran an die zwanzig Millionen, haben die beiden so unendlich wichtigen Paläste gelostet: Caceras Kirche in Brschowig ist wenigstens architektonisch interessant und drückt sichlich ein in die Höhe Streden aus, der plumpe und gewichtige Palast am Prager Georgsplatz wird aber wenig Bewunderer finden. Tut nichts; wenn nur wieder etwas zur Stärkung des Glaubens getan wurde — außer den Millionen, die zur Erbauung einer würdigen Residenz des Runtius gesendet werden mußten. — Zwanzig Millionen tragen jährlich an Zinsen 2 Millionen, man könnte also die Aktion zur Beteiligung proletarischer Kinder mit Milch um ein volles Schüssel erhöhen; der Staat zahlt für Verpflegung, Bekleidung und Beheizung eines Sträflings täglich gut gerechnet sieben Kronen: die Prager katholische Gemeinde könnte also mit dem Zinsenertrag des für die neuen Kirchen aufgewendeten Kapitals ganze 670 Menschen Jahr für Jahr ernähren und bescheiden — vielleicht in den restlichen hundert Gotteshäusern, was allerdings profanierend ist für den Mouden an die alles seligmachende Nächstenliebe. Racht für Racht kann man die Ausgestorbenen dieser Gesellschaft auf den Stufen dieser Prachtkirchen den Schlaf wärde es nicht interessieren, wenn die Gedanken dieser Hungernden, Frierenden der Herbstnächte bekannt würden? Die Gedanken darüber, wie die Kirche, gestützt auf die herrschende Klasse mit ihren Schächsen umgeht? Man könnte noch einige Redenzempfehlungen machen: mit den Kosten des

**Centralbank der deutschen Sparkassen
in der Tschechoslovakischen Republik.**
Hauptanstalt: Prag II.,
Bredauergasse 14.

Zweigniederlassungen:
Ansig, Brünn, Eger, Jägerndorf, Reichen-
berg, C. Teschen, Trautenau, Troppau.
Die Bank der deutschen Sparanstalten und
Gemeinden.

1930

Die Bankbeamten protestieren.

Banken-Angriff auf die Angestellten.

Nach der Industrial-Bank wollen andere Banken folgen?

Der Versuch der Böhmisches Indu-
strial-Bank, vom 1. Jänner 1932 angefangen
alle Gehälter ihrer Beamten um 10 Prozent
zu kürzen, erweist sich nicht nur als Bruch des
bestehenden Kollektivvertrags, sondern soll allem
Anschein nach eine größere Aktion des
Bankenverbandes einleiten. Die Industrial-Bank
will nicht nur die Gehälter der Bankbeamten
kürzen, sondern sie beabsichtigt, dasselbe bei den
Angestellten der Unternehmungen, die ihrem
Konzern angehören, durchzuführen. Nach
Kürzungen von anderer Seite werden auch bei
den übrigen Instituten Reduktionen des Per-
sonals, bzw. der Gehälter erwogen.

Die Industrialbank hat bereits in den letzten
Jahren hunderte Angestellte entlassen, den
übrigen die Bezüge verringert, so daß der
Stand ohnehin schon schlechter ist als bei den
anderen Banken; sie hat den qualifizierten Be-
amten die Funktionszulagen gestrichen
und durch eine ganze Reihe von Maßnahmen das
Angestellteinkommen gedrückt. Ueberstun-
denarbeit wird von der Bank grundsätzlich
nicht honoriert. Dagegen haben die Direk-
toren durch lebenslängliche Verträge riesige Ein-
kommen nicht nur sich, sondern auch ihren direk-
ten Erben gesichert. Die Beamtenschaft zweifelt
mit Recht daran, daß es der Bank mit ihrem Ver-
sprechen ernst ist, auch die Direktorengelöhner zu
kürzen, abgesehen davon, daß diese auch eine
50prozentige Streichung ohne Gefährdung der
Erbschaft ertragen könnten. Bezeichnend für die
Wirtschaft in der Bank ist die Tatsache, daß im
Jahre 1928 einen Tag vor der Generalversamm-
lung eine Teilnehmerlegitimation auf den Namen
Frolik ausgestellt wurde, obwohl keine Person
dieses Namens Aktien der Bank besessen hatte. Der
Inhaber dieser Legitimation stellte in der Gene-
ralversammlung dann den Antrag auf Er-
höhung der Entgelten der Direk-
toren. Die Witwe noch dem früheren Ober-
direktor bezieht von der Bank eine Jahrespension
von 150.000 Kronen, die Witwe nach dessen
Stellvertreter eine solche von 90.000 Kronen.
Nicht bei den Beamten, sondern bei den leitenden
Männern wären Einkommens Kürzungen am
Platz.

Mit dem Personal hat die Industrial-Bank
einen Kollektivvertrag abgeschlossen, wel-
cher einseitig nicht kündbar ist. Die
Direktion versuchte erst, die Personalvertretung
zu veranlassen, einer individuellen Ge-
haltskürzung zuzustimmen. Sie folgte damit
dem Beispiel der Zimbank, der es mit Hilfe der
Anstalts-Gewerkschaft gelang, das Zeit-
Ankündigung abzuschießen. Die Per-
sonalvertretung der Industrial-Bank lehnte das
Ankündigung jedoch als unbillig ab, worauf die
Bank zum offenen Vertragsbruch schritt.

Die Beamtenschaft ist entschlossen, im Ein-
vernehmen mit den Kollegen von den anderen
Instituten dem Angriff mit allen ihr zu Gebote
stehenden Mitteln zu begegnen. Die gesamte
Bankangestelltenchaft fordert dagegen die Kür-
zung der ungeheueren Einkünfte der Bank-
direktoren, welche die Anstalten mehr be-
lasten als die ganze übrige Personalrolle, ferner
Abstellung der sinnlosen Rationalisierung
und der elenden Bezahlung der Hilfskräfte
der Banken und Festlegung der Verantwort-
lichkeit der Bankführer.

Aus diesem Anlaß hatten die beiden Bank-
beamten-Organisationen, Verband und zbruz-
zent, gestern eine Protestkundgebung
in die Produkturbörse einberufen, welche so
massenhaft besucht war, daß nicht nur
der große Börsenjaal, sondern auch der Stiegen-
raum und der Nebenjaal überfüllt waren. Nach
den einleitenden Worten des Vorsitzenden Hin-
z referierten, oft von lebhaftem Beifall unter-
brochen, Genosse Waschal (deutsch) und Ka-
pratil (tschechisch). In der Debatte sprachen der
Hauptvertrauensmann der Industrialbankbeam-
ten Oufin und eine Reihe von Rednern aus
anderen Banken.

Einstimmig wurde eine
Entschliebung

angenommen, in welcher es heißt:

Wir weisen mit der größten Entrüstung den
ungeheuerlichen Angriff der Direktion der Böh-
mischen Industrialbank zurück, welche gewaltig
die Gehalte ihrer subalternen Angestellten um
10 Prozent kürzen will, anstatt den Angestellten
die im Kollektivvertrage zugesicherte Vorrückung
der Gehalte zuzuerkennen.

Die Versammlung fordert die Gewerk-
schaften auf, durch Veröffentlichung einer ein-
gehenden Kritik die tatsächlichen Verhältnisse in
dieser Bank aufzuzeigen, die beabsichtigten Ge-
haltskürzungen mit aller Energie zu bekämpfen
und sich zu diesem Zwecke auch mit allen anderen
von diesen Maßnahmen betroffenen Arbeiter-
organisationen in Verbindung zu setzen.

Außerdem erwartet die Versammlung, daß
alle maßgebenden Faktoren eingehend über dieses
Ereignis unterrichtet werden, daß auf die Ver-
hältnisse in unserem Bankwesen ein helles Licht
wirft und durch welches die immer dringlicher
werdenden Bestrebungen nach einer wirklichen
Reform eine neue und besonders stichhaltige
Begründung erhalten.

Nach einem Schlußwort des Gen. Keller
wurde die einstimmig verlaufene Versammlung
geschlossen.

Polydor Palaba

Nehmen Sie nie in den Ke-
ler und auf den Boden mit,
was Ihnen Gefahr bringen
kann — das Feuer. Die
elektrische Taschenlampe
POLYDOR PALABA ist billig
und kann ruhig sogar ins
Stroh gelegt werden.

PALABA

PS-PS

Unentgeltliche Beratungs-
stunden der Arbeiterfürsorge finden
jeden Samstag von 5-7 Uhr im
Berein deutscher Arbeiter, Emeßgasse
Nr. 27, statt.

Literatur

„Bergnügliches Handbuch der deutschen Sprache.“
Von Hans Reimann. Verlag Gustav Kiepen-
heuer, Berlin. Der Verfasser will mit diesem Buche
weder ein wissenschaftliches noch ein halbwissen-
schaftliches oder pseudowissenschaftliches Werk geben,
er möchte damit nur die Lust zu tieferer Beschäf-
tigung mit der deutschen Sprache wecken, die viele
sprechen, aber wenige kennen. Er wählt die Form
der Plauderei und einer amüsanten dazu. Wachen
wird er zum Nachdenken, zur Vorsicht uns zum
Schauern bringen, davor, in welchem Zustande der
Berlinerung sich die deutsche Sprache befindet.
Über weitigens: wie die meisten Menschen, auch
solche, die berufen wären, ihre Hüter zu sein, sie
berungen. Reimann behandelt in dem über 400
Seiten starken Buche und das doch nur Wort 1.50
loster, Grundfäßliches, Aussprache, Interpunktion,
das Schlagwort-Dschungel, die Dialekte, gesprochen
Wörterbuch und vieles andere. Wie wirkt er trocken
lehrhaft, immer unterhaltend und doch das Sprach-
gewissen erweckend. Wer das Buch liest wird dem
Verfasser Dank wissen.

„Erdbeben.“ Roman von Joseph Delmont.
(Verlag Otto Janke, Leipzig.) 378 Seiten. Prof.
NR 1.50, Ganzl. NR 6.—. Joseph Delmont, der
Globetrotter und Dichter von Welph, der in seiner
Jugend Akrobat, später Dompteur und Großher-
fänger war und in drei Jahrzehnten um den ganzen
Erdball wanderte, hat mit dem neuen Roman „Erd-
beben“ ein Werk geschaffen, das sich dem Siegeszug
seiner in 18 Sprachen überetzten Romane anschlie-
ßlich, mit einer ungeheuren Naturkatastrophe,
dem Ausbruch des Monte Vesuvius auf der Insel Mar-
tinique, setzt die Handlung ein. Eine lebendige,
blühende Stadt, über vierzigtausend Menschen sind
die Opfer der Katastrophe. In einem Flammen-
meer, unter Trümmern, findet man den dreijäh-
rigen Sohn des einmals berühmten Abenteuerers
und Besitzers tieferer Länder, Jack Moody, un-
verschri, während seine Eltern ums Leben kamen. Geld,
Millionen und des Vaters ererbte verbrecherische
Trieb bringen den jungen Jack bald auf eine ab-
schüssige Bahn. In einigen Jahren ist das Mil-
lionenvermögen verspielt und verlor. Er, der durch
ein Erdbeben in frühesten Jugend reicher Erbe
wurde, glaubt, daß Länderstriche, in denen sich solche
Naturkatastrophen ereignen, ihm wieder Glück und
Reichtum bringen werden. Durch alle fünf Erdteile
jagen die Geschehnisse Jack Moody, bis ihn sein
Schicksal bei einem Erdbeben in San Francisco er-
reilt. Ein rasendes Tempo erfüllt dieses hinreichende,
mit heißer Blut geschriebene Buch, das man in
atemloser Spannung durchfliegt.

Togal

unübertroffen bei
**RHEUMA-GICHT
KOPFSCHMERZEN**

Technik Herstellung u. Wirkstoff-
zusammensetzung Entspricht dem
6000 Arztbesuchen / 100000
unerschütterlich. Fragen Sie Ihren Arzt.

Preis
Kc. 12 u. Nr. 23

Gesamtdespot.
BRAUNER'S APOTHEKE ZUM WEISSEN LÖWEN
PRAG 2. P. PRINZ 12. Im Palais Sypka-Karouca

Kunst und Wissen

Shaw's Komödie „Cäsar und Cleopatra“ ist als
nächste Schauspielereignis des Neuen Deutschen
Theaters in der Inszenierung von Max Liebl (Büh-
nenbild: Architekt Schulz) für Samstag, den 24.
Oktober, in Vorbereitung.

Für das Abonnement der Philharmonischen
Konzerte unter Leitung von Georg Szell hat der all-
gemeine Verkauf begonnen. Das Programm der
Konzerte ist durch Anschlag bekanntgegeben.

Vorverkaufstag für Abonnenten. Wie bereits
bekanntgegeben, wird von nun an der Samstag des
Abonnenten als Vorverkaufstag für die Vorstellungen
der nächsten Woche eingeräumt. Diejenigen
Vorstellungen in der Kleinen Bühne, für welche die
Abonnement-Zusatzkarten gültig sind, werden auf
dem täglichen Theaterticket und auf dem Wochen-
spielplan durch den Vermerk „Abonnement (Ab.)“
bezeichnet.

Der Verein deutscher Kalerinnen eröffnet nach
zweijähriger Pause im Kunstverein für Böhmen
(II, Petřofova 12) eine reichhaltige Mittelalter-
Ausstellung. Die Eröffnungsfest für geladene Gäste
findet heute um halb 4 Uhr nachmittags in den
Räumen des Kunstvereines statt. Allgemeiner Zu-
tritt ab morgen.

Gesangsmethodik von Konrad Wallerstein. Im
Prager Buchverlag „Die Bücherstube“
hat der Professor für Gesangsunterricht an der
Prager Deutschen Musikakademie Konrad Wal-
lerstein ein kleines, aber wertvolles Büchlein
herausgegeben, das sich „Spezielle Metho-
dik des Kunstgesanges“ nennt. Das Büch-
lein gibt, sowohl den Gesangslehrern als auch den
Gesangsschülern beachtliche theoretische und prak-
tische Aufschlüsse über alles, was zur Kenntnis und
Beherrschung der Gesangkunst direkt und indirekt
erforderlich zu wissen ist. Wallerstein hat vor allem
seine reichen praktischen Erfahrungen niedergelegt,
die er in langjähriger Tätigkeit als erfolgreicher
Stimmbildner zu sammeln Gelegenheit hatte. Allen,
die praktische Beziehungen zur Gesangkunst haben,
aber auch allen denen, die über das Wesen der Ge-
sangskunst unterrichtet sein wollen, sei das kleine
Büchlein bestens empfohlen.
E. J.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.
Sonntag, 11 Uhr: Kommerzial; 8-9 und
Arbeitsnehmer, 2.30 Uhr: „Der letzte Walzer“.

Ensemblegastspiel der „Komödie“ in Wien mit Con-
rad Veidt, 7.30 Uhr: „Er.“ — Montag, 7.30
Uhr: „Loni aus Wien“ (355-3). — Dienst-
tag, 7 Uhr: „Aida“ (356-4). — Mittwoch, 7.30
Uhr: „Zum goldenen Anker“ (1-1). —
Donnerstag, 7.30 Uhr: „Der Freischütz“ (4-4).
— Freitag, 7.30 Uhr: „Die Frau“ (2-2). —
Samstag, 7 Uhr, Premiere: „Cäsar und Cleo-
patra“ (3-3). — Sonntag, 2.30, Arbeiter-
vorstellung: „Aida“; 7.30 Uhr: „Haupt-
mann von Köpenick“ (5-1). — Montag, 7.30
Uhr: „Jas und Zimmermann“ (7-3).

Spielplan der Kleinen Bühne. Sonntag, 3 Uhr:
„Antimilitarismus“; 7.30 Uhr: „Der vollkom-
mene Adrian“. — Montag, 7.30 Uhr: „Rina“
(Bankbeamten I). — Dienstag, 7.30: „Antimi-
tarismus“ (Bankbeamten II). — Mittwoch, 8 Uhr:
„Frauen haben das gerne“ (Abonnement). —
Donnerstag, 8 Uhr: „Der vollkommene
Adrian“ (Abonnement). — Freitag, 7.30 Uhr:
„Rina“ (Kulturverbandsfreunde). — Samstag,
8 Uhr: „Der vollkommene Adrian“
(Abonnement). — Sonntag, 3 Uhr: „Der Graue“
(Abonnement); 7.30 Uhr: „Cocktail“ (Abonne-
ment). — Montag, 7.30 Uhr: „Der Graue“
(Bankbeamten I).

Aus der Partei

Jugendbewegung.

Note fallen Prag (Horde I — Polbaner.)
Samstag um 3 Uhr nachmittags, Treffpunkt: in der
Sec. Erscheinen ist Pflicht! Freundschaft!

2. J. Prag, Gruppe I. Am Sonntag treffen
wir uns halb 9 Uhr in der Sec und gehen ins
Lidovy zum Kundgebung anlässlich des Inter-
nationalen Jugendtages.

2. J. Jugend, Gruppe I und II. Morgen im
Lidovy zum Internationaler Jugendtag.
Wir treffen uns halb 9 Uhr in der Sec. Aktiert
nach Möglichkeit! Keine Genossen, kein Genosse darf
fehlen! — Gruppe I. Dienstag, halb 8 Uhr in der
Sec Ausschussführung.

Arbeiter. kümmert euch um eure Jugend!
Unterstützt die Kinderfreundebewegung und
die Jugendorganisation.

Der Sozialismus beginnt nicht in der
Versammlung, sondern in der Familie!

Vereinsnachrichten

Ortsgruppe Prag, Sonntag,
den 18. Oktober: Obeller Ringplatz,
Bohmic-Kostelohy-Prag. Abmarsch
8 Uhr: Endstation der Elektrischen bei
der Doleto-Wähle Vyšoban. Führer
gemählt. — Ausschussführung
Donnerstag, den 29. Oktober, um 8 Uhr abends im
Berein deutscher Arbeiter. — Auskünfte in Winter-
sportangelegenheiten im selben Lokal Donnerstag
von 7 bis 8 Uhr. — Am Samstag, den 31. Oktober,
abends findet die Bestandsfeier des Turnvereines mit
einem geeigneten Programm statt. Unsere Mitglie-
der besuchen diese Veranstaltung. Siehe besondere
Ankündigung des Turnvereines. — Wir machen auf
die Fest-Vorstellung „Aida“ des Vereines Deutscher
Arbeiter aufmerksam. — Am Samstag, den 24. Ok-
tober Gitarrenabend mit dem großen spanischen
Künstler Florett. Karten in der Urania.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag

Vorankündigung! Am Samstag, den 31. Ok-
tober, findet aus Anlaß des fünfjäh-
rigen Bestandes unseres Vereines
eine Festakademie in der T.S.
Turnhalle in Lidov, Kaplicova, statt.
Unsere Mitglieder und die Genossinnen und Genos-
sen der Partei werden erlucht, sich diesen Tag frei
zu halten!

Tanzstunden. Das Kuratorium des Arbeiter-
sportplatzes auf der Behnigel hat beschlossen, Tanz-
stunden abzuhalten. Die Leitung hat Tanzmeister
Josef Pekta übernommen. Kosten: 20 K. Eintritts-
gebühr und für jede Tanzstunde 3 K. Beginn des
Kurses am 18. Oktober von 5 bis 7 Uhr. Ort:
Turnhalle auf der Behnigel. Anmeldungen und
nähere Informationen bei Genossen Schrader,
Sec. Nachdem es der Wunsch vieler Mitglieder
war, Tanzstunden einzuführen, hofft die Vereins-
leitung auf zahlreiche Teilnahme.

Heute, Samstag, um 8 Uhr abends spricht Dr.
Alfred Adler, Wien, über „Individualpsychologie
und Erziehung“ im großen Saale der tschechischen
Bibliothek. Karten sind beim Epistler H. Deutsch,
Prag, Polais Koruna, und an der Abendkassa, zu
haben.

Druckverleger: Gustav Janke, Leipzig. — Druck: „Kunst- und Wissenschaft“, Prag. — Die Zeitung wird am Montag, den 18. Oktober, um 8 Uhr abends in der Druckerei des Verlegers, Gustav Janke, Leipzig, gedruckt. — Die Zeitung wird am Montag, den 18. Oktober, um 8 Uhr abends in der Druckerei des Verlegers, Gustav Janke, Leipzig, gedruckt. — Die Zeitung wird am Montag, den 18. Oktober, um 8 Uhr abends in der Druckerei des Verlegers, Gustav Janke, Leipzig, gedruckt.